



So starb eine Partei

Der Februar 1934

Rote Reihe Nr. 22

Der Funke

Marxistische Zeitschrift in
Sozialdemokratie und Gewerkschaft

Euro 3.-
Solipreis:
Euro 5.-



INHALT:

So starb eine Partei Der Februar 1934

Einleitung	Seite 3
Und am Anfang war die Revolution	Seite 4
Alle Macht den Sowjets	Seite 4
Jännerstreik 1918	Seite 4
Republik, das ist nicht viel...	Seite 4
...Sozialismus heißt das Ziel	Seite 5
Was wäre wenn?	Seite 6
Ein labiles Gleichgewicht	Seite 7
Der neue Mensch	Seite 7
Vorbild Rotes Wien	Seite 9
Budgetsanierung	Seite 10
Das Linzer Programm	Seite 11
Der austromarxistische Reformismus	Seite 11
Wehrhaftmachung des Proletariats	Seite 13
Von Schattendorf...	Seite 14
...zum Justizpalast	Seite 14
Die Reaktion auf dem Vormarsch	Seite 14
Die Heimwehrbewegung	Seite 15
Generalprobe für den „Marsch auf Wien“	Seite 16
Neue Verfassung...	Seite 17
...und Kampf gegen den Terror	Seite 18
Die Große Depression	Seite 19
Bauer und Knecht	Seite 21
Das Notverordnungsregime Dollfuß	Seite 22
Marionette Mussolinis	Seite 24
Der Parteitag im Oktober 1933	Seite 25
Der Februar 34	Seite 28

Impressum:

Herausgeber und Verleger:
Der Funke
Marxistische Zeitschrift in
Sozialdemokratie und Gewerkschaft
Postfach 112
1096 Wien

Verlag:
Eigenverlag

Vervielfältigung:
Eigenvervielfältigung



Einleitung

„Es ist schwer, kritisch zu prüfen, aber es ist unsere Pflicht, gerade angesichts der Opfer, damit ihr Opfer nicht vergebens bleibt!“

Vor mittlerweile 70 Jahren ereigneten sich die blutigen Ereignisse des Februar 1934. Nach Jahren der reaktionären Offensive holten die Bürgerlichen zum entscheidenden Schlag gegen die organisierte ArbeiterInnenbewegung aus. Die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung wurden verboten, Hunderte ArbeiterInnen, die sich gegen die faschistische Machtergreifung zu Wehr gesetzt hatten, ließen ihr Leben, waren verletzt oder wurden verhaftet, viele Schutzbündler mussten emigrieren. Auf dem Wiener Rathaus wehte die Kruckenkreuzfahne der Austrofaschisten, während durch das Land der modrige Geruch des konservativen Zeitgeists wehte.

70 Jahre später will die ÖVP, die Nachfolgepartei der Christlich-Sozialen, die Rolle des damaligen Kanzlers und Arbeitermörders Engelbert Dollfuß „neu bewerten“, sprich reinwaschen. Sein Bild hängt noch immer die Klubräumlichkeiten der ÖVP im Parlament. Der Salzburger Landeshauptmann Schausberger entschuldigt in einem Interview das Verhalten seiner politischen Wegbereiter: „In Europa war damals das autoritäre Regieren sehr weit verbreitet. Damals ging es um den Bestand des österreichischen Staates und nicht um die Frage, ob jetzt wirklich demokratisch regiert wird oder nicht.“

Mit dieser Broschüre wollen wir einen Überblick über die historischen Prozesse zu geben, die zum Februar 1934 führten. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Strategie und Politik der Sozialdemokratie, die in der Ersten Republik de facto die gesamte österreichische ArbeiterInnenklasse organisierte. Das stellte uns vor die Herausforderung, den Austromarxismus, worunter wir in diesem Zusammenhang die Theorie und Praxis der Sozialdemokratie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen verstehen, einer marxistischen Kritik zu unterziehen.

Aufgrund der Komplexität des Themas mussten wir uns auf einige entscheidenden Aspekte des austromarxistischen Politikkonzepts konzentrieren, um die Prozesse zu erklären, die im Februar 1934 gipfelten. Andere Elemente dieser politischen Strömung, deren theoretischer Einfluss in der österreichischen ArbeiterInnenbewegung bis heute mehr oder weniger direkt nachwirkt, wie ihre Theorien zur Nationalitätenfrage, ihre Rolle bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs oder ihre Position zur Russischen Revolution und zur Sowjetunion, konnten wir in diesem Text nicht behandeln.

Trotzdem hoffen wir mit dieser Broschüre einen Beitrag zur Debatte rund um diese historischen Ereignisse und die Lehren für die heutige politische Ausrichtung der ArbeiterInnenbewegung zu leisten.

Und am Anfang war die Revolution

Vor 85 Jahren zerbrach infolge des Ersten Weltkriegs die Habsburger-Monarchie. Aus Russland kommend, wehte ein Hauch von Revolution durch Österreich.

In der Geschichte kommt es oft vor, dass Krieg und Revolution untrennbar miteinander verbunden sind. Mit Andauern des Gemetzels auf den Schlachtfeldern und der sich verschlechternden Versorgungslage im eigenen Land lösen sich die Nebelschwaden des alles beherrschenden Chauvinismus, der zu Kriegsbeginn die Herzen der breiten Masse in beherrscht, in Luft auf. Die Menschen beginnen ihre wahre Lebenssituation zu realisieren und drängen auf Veränderung. Tod, Zerstörung und Verelendung lassen den Hass auf die herrschende Klasse und ihren verbrecherischen Staatsapparat wachsen. Unter den Bedingungen der Friedhofsruhe entstehen die Voraussetzungen für einen revolutionären Prozess.

Nach fast drei Jahren Krieg wurden die österreichische ArbeiterInnen 1917 von eben solch einem Stimmungsumschwung erfasst. Immer wieder kam es als Antwort auf die soziale Not zu spontanen Hungerprotesten und Streikaktionen. Federführend dabei war eine neue Generation von ArbeiterInnen, davon ein großer Anteil Frauen, die durch den Krieg in den kapitalistischen Produktionsprozess einbezogen worden waren und unter der militarisierten Verwaltung der Industriebetriebe zu leiden hatte.

Die Sozialdemokratie, die keinen Einfluss auf diese Bewegung hatte, lief Gefahr, die Kontrolle und Verbindung zur ArbeiterInnenklasse, ihrer sozialen Basis, weitgehend zu verlieren.

Alle Macht den Sowjets

In der Zwischenzeit stürzten in Russland die Bolschewiki die kapitalistische Ordnung. Die russische Oktoberrevolution von 1917 wurde nun zum Hoffnungsträger für große Teile der europäischen und auch der österreichischen ArbeiterInnen. Der von Lenin geprägte Slogan "Alle Macht den Sowjets" und die Umsetzung des bolschewistischen Programms von „Brot, Land, Frieden“ eröffneten den ArbeiterInnen eine Perspektive im Kampf gegen Krieg und Elend, einen Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse. In Österreich wie in anderen Ländern, steigerte die siegreiche russische Revolution das Selbstvertrauen der ArbeiterInnen, die nun immer nachdrücklicher ihre Forderungen vorbrachten. In dieser Situation hatte die sozialdemokratische Partei alle Hände voll zu tun um die Massen mit Beschwichtigungsreden ruhig zu halten. Die einzig glaubwürdige Strategie bestand nun darin, die Vertreter des linken Flügels, die Anhänger der ausstromarxistischen Strömung wie Otto Bauer, an die Spitze der Partei zu lassen.

Jännerstreik 1918

Dieser Schritt reichte jedoch noch nicht aus, um die Ausbreitung bolschewistischer Ideen zu verhindern. Die relativ kleine Strömung der Linksradikalen, die schon länger mit den Bolschewiki in Kontakt standen und in der sozialdemokratischen Jugendbewegung verankert waren, machte sich zum Sprachrohr einer internationalistischen, antimilitaristischen Politik sowie des Rätegedankens in Österreich. Ihre Ideen fielen bei einer großen Schicht von kämpferischen Vertrauensmännern in den Industriebetrieben in und um Wr. Neustadt, aber auch in Wien auf fruchtbaren Boden. Rund um die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk entwickelte sich ein politischer Massenstreik, dessen wichtigste Losung jene nach einer sofortigen Annahme des Friedensangebots durch das junge Sowjet-Russland war. Dieser Jännerstreik lässt den Schluss zu, dass sich die Habsburger-Monarchie im Jänner 1918 am Beginn einer revolutionären Situation befand.

Wollte man die ArbeiterInnen davon abhalten, mit der eigenen herrschenden Klasse „russisch zu reden“, wollte man den Einfluss der linksradikalen Vertrauensmänner unterbinden, musste sich die Sozialdemokratie selbst an die Spitze dieser Bewegung stellen. Um dies zu erreichen, nahm die Partei nun den von den Linksradikalen propagierten Rätegedanken auf und ergriff die Initiative zur Bildung und Ausweitung von Arbeiterräten. Mit ihrer organisatorischen Stärke gelang es ihr auch, die Mehrheit in den Räten zu erreichen. So war es der Parteiführung möglich, genügend Einfluss in den Arbeiterräten zu erlangen, um die Streiks unter den wütenden Protesten vieler ArbeiterInnen für beendet zu erklären, obwohl die Regierung zu keinen konkreten Zugeständnissen bereit war. Unter sozialdemokratischer Führung wurden die Arbeiterräte in Österreich von nun an – im Gegensatz zu jenen in Russland – von einem Motor der Revolution zu ihrer Bremse.

Die ArbeiterInnen wurden im Jänner 1918 von ihrer eigenen Partei verraten und in die Niederlage gezwungen. Allerdings machten die Streiks, Meutereien und Soldatenunruhen deutlich, dass der Niedergang der Habsburger-Monarchie ein unumkehrbarer Prozess war. Österreich stand am Beginn grundlegender gesellschaftlicher Umwälzungen, die am 12. November 1918 in die Gründung der Ersten Republik mündeten.

Republik, das ist nicht viel...

Der Anfang vom Ende der Ära Habsburg wurde durch den Zusammenbruch der k.u.k. Monarchie Ende Oktober 1918 markiert. Das entstandene Machtvakuum entfesselte die vom Militarismus niedergehaltene ArbeiterInnen. Den Anfang machten die Soldaten mit täglichen Demonstrationen. Die österreichische revolutionäre Bewegung war ein Ergebnis des Ersten Weltkriegs und ging daher zunächst weniger von den Fabri-

ken als von den Kasernen aus, „wo bis dahin der stumme Gehorsam gewaltet hatte und nun die elementare, instinktive, anarchische, revolutionäre Bewegung einsetzte“ (Otto Bauer). Ähnlich den im Jänner 1918 entstandenen und in Folge institutionalisierten Arbeiterräten bildeten sich Soldatenräte, denen sich auch etliche Offiziere anschlossen.

Die Provisorische Regierung, eine Allparteienübergangsregierung bestehend aus Christlichsozialen, Deutschnationalen und Sozialdemokraten, versuchte durch die Aufstellung der sogenannten Volkwehr eine neue Ordnungsmacht aufzubauen. Unter den Bedingungen rasch steigender Arbeitslosigkeit und sozialen Elends strömten vor allem Arbeiter in diese Volkwehr. Diese stand unter der Führung der Sozialdemokratie, eine „mit roten Fahnen unter den Klängen der Arbeitermarseillaise marschierende Truppe“. Die Volkwehr verstand sich als die Trägerin der Revolution, als die Vorhut des Proletariats. Die reale Macht war den herrschenden Klassen daher vollkommen entglitten und befand sich nun in den Händen der sozialdemokrati-

schen Parteiführung. Der österreichische Kapitalismus hätte leicht hinweggefegt werden können. Es lag an der Sozialdemokratie, ihn trotzdem am Leben zu halten.

...Sozialismus heißt das Ziel

Die Revolution in den Kasernen wirkte wie ein Katalysator für die revolutionäre Bewegung in den Fabriken. Während des Krieges hatten die Unternehmer mit eiserner Faust die Wirtschaft am Laufen gehalten. Militärische Betriebsleiter führten die Betriebe, während Militärwachen in den Werkshallen für Recht und Ordnung sorgten. Mit der Armee kollabierte auch die Autorität der Unternehmer. Die Rätebewegung breitete sich in den Industriegebieten aus. Die Arbeiterräte entwickelten sich zu Strukturen einer Doppelmacht, die in vielen Fällen den bürgerlichen Staat als Ordnungsmacht ersetzte.

Mit dem Aufbegehren der einfachen Soldaten wuchs das Selbstbewusstsein der ArbeiterInnen. Diese Ent-



wicklung trieb die Bürgerlichen in die Hände der Sozialdemokratie, der einzigen Kraft, welcher sie zutrauten, die ArbeiterInnenklasse unter Kontrolle halten zu können. Dies erklärt, warum die bürgerlichen Parteien so schnell von ihrem Plan einer konstitutionellen Monarchie abrückten und der Ausrufung der Republik zustimmten. Dazu kam, dass das bürgerliche Lager tief in sich gespalten war. Während das städtische Bürgertum eine offen konterrevolutionäre Einstellung an den Tag legte, wurde die Bauernschaft zu einem wichtigen Unterstützer für den politischen Wandel. Diese demokratische Revolution war aber nicht viel mehr als der erste Akt der sozialen Revolution. Mit den demokratischen Errungenschaften jener Tage konnte sich die ArbeiterInnen nicht zufrieden geben. Zu drückend waren die sozialen Probleme. Und so wurden die Streiks und die Massendemonstration in Wien am 12. November 1918 zu einem Symbol dafür, dass die ArbeiterInnenklasse „über die errungene politische Freiheit und Gleichheit hinausdrängte“ (Otto Bauer). Selbst Otto Bauer schrieb später, dass keine bürgerliche Regierung die proletarische Revolution stoppen hätte können: „Sie wäre wehrlos dem Misstrauen und dem Hass der Proletariermassen gegenübergestanden. Sie wäre binnen acht Tagen durch Straßenaufbruch gestürzt, von ihren eigenen Soldaten verhaftet worden. (...) Nur Sozialdemokraten konnten ... die Arbeitermassen von der Versuchung zu revolutionären Abenteuern abhalten.“ Julius Braunthal schrieb noch 1920: „Die österreichische Arbeiterklasse hat seit November 1918 zu jeder Stunde die Macht, die Rätediktatur zu errichten“. Ohne die Sozialdemokratie hätte also keine bürgerliche Regierung diese revolutionären Erschütterungen überstehen können. Und die austromarxistisch geführte Sozialdemokratie spielte ihre Rolle gut. Anstatt die Revolution weiterzutreiben und zu vertiefen, bremste sie die Massen und verhinderte den Sturz der kapitalistischen Ordnung.

Die Rätebewegung als organisatorischer Ausdruck der österreichischen Revolution, wurde von der Sozialdemokratie völlig kontrolliert und zur Bändigung der revolutionären Bewegung genutzt. Die Arbeiterräte waren aber über lange Zeit das einzige repräsentative Sprachrohr der ArbeiterInnenklasse. Dass sie nicht zu einem Instrument der proletarischen Machteroberung werden konnten, lag an der sozialdemokratischen Parteiführung. Aufgrund ihrer Leistungen in der Lebensmittelaufbringung, der Wohnraumbewirtschaftung, im Kampf gegen Wucher und Schleichhandel sowie bei der Unterstützung des gewaltigen Arbeitslosenheeres, der Kinderfürsorge und im Gesundheitsbereich haben sich die Räte große Verdienste erworben. In diesen Fragen konnte nichts gegen die Arbeiterräte entschieden werden. Die Sozialdemokratie mit ihrer Fixierung auf die bürgerliche Demokratie höhnte diese aus der Revolution entstandene Institution des Proletariats jedoch immer mehr aus. Nach dem langsamen Abebben der Bewegung löste die SDAP auf ihrem Salzburger Parteitag von 1924 die Räte endgültig auf.

Was wäre wenn?

Die Austromarxisten rechtfertigten ihre Haltung mit den scheinbar objektiven Grenzen, vor denen die österreichische Revolution 1918 gestanden wäre.

Ausrede Nummer 1: Hätte die ArbeiterInnenklasse wie in Russland die Macht erobert, dann – so Otto Bauer – hätten die Bürgerlichen die Bauernschaft gegen den auf Wien und die wenigen anderen Industriegebieten isolierten Arbeiterstaat mobilisiert.

Ohne Zweifel war die österreichische Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt stark polarisiert. Während die Sozialdemokratie vor allem die Arbeiterklasse in den Städten hinter sich wusste, dominierten die bürgerlichen politischen Kräfte in der Provinz. Doch der allgemeine Gärungsprozess hatte längst auch das Land erreicht. Die Austromarxisten vertraten jedoch ein theoretisches Konzept, demzufolge es ein Gleichgewicht der Klassen geben sollte, das in der Koalitionsregierung auch ihren politischen Ausdruck gefunden hatte. In der Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts sahen Bauer und die Austromarxisten die einzig realistische Perspektive.

Dies erklärt auch die Zurückhaltung der Sozialdemokratie außerhalb der Städte. Das Potential für eine Ausweitung des revolutionären Prozesses auf dem Land hätte bestanden. Mit einem Programm der entschädigungslosen Enteignung des Großgrundbesitzes und der Kirche sowie der Aufteilung des Landes auf die armen Bauern und die ca. 500.000 LandarbeiterInnen hätte man auch das Kräfteverhältnis in den Provinz erschüttern und die Bauernschaft für die Revolution gewinnen können. Die Sozialdemokratie jedoch machte nicht einmal Anstalten, diese wichtige Schicht der österreichischen Arbeiterklasse in das Sozialversicherungssystem einzubeziehen. Auch das Betriebsrätegesetz sollte nicht für die Landarbeiterschaft zur Geltung kommen.

Ausrede Nummer 2: Ein Sowjet-Österreich wäre der militärischen Überlegenheit des Imperialismus wehrlos ausgesetzt gewesen. Nur durch das Hineinführen der Revolution in die Bahnen der bürgerlichen Demokratie hätte die österreichische Arbeiterklasse vor Bürgerkrieg und imperialistischer Aggression geschützt werden können.

Bauer zeigt in seiner Schrift „Eine Revolution in Österreich“ jedoch selbst, dass die herrschenden Klassen 1918 völlig paralysiert waren und offensichtlich keine Kraft hatten, das Rad der Zeit anzuhalten, geschweige denn zurück zu drehen. Internationale Bedrohung? Halb Europa war zu dieser Zeit vom bolschewistischen Revolutionsvirus erfasst. Selbst in den Siegermächten des Ersten Weltkriegs, in Frankreich und Großbritannien, ließ sich die Arbeiterklasse für keine konterrevolutionären Manöver einspannen und leistete mit Streiks und antimilitaristischen Protesten einen wesentlichen Beitrag zum Scheitern der imperialistischen Invasion in Sowjetrußland. In Bayern und Ungarn hatte die Rätebewegung sogar die Macht übernommen. Im Rest von Deutschland und in Italien scheiterte die Revolution



nur am Verrat der reformistischen Führungen und dem Fehlen einer revolutionären Partei nach dem Beispiel der Bolschewiki in Russland.

Ein labiles Gleichgewicht

Zwei Jahre lang war das österreichische Bürgertum darauf angewiesen, die Sozialdemokratie an der Regierung der jungen Ersten Republik zu beteiligen. Eine rein bürgerliche Regierung hätte der revolutionären Welle nicht standhalten können. Nur der Klassenkompromiss, der seinen Ausdruck in einer Koalitionsregierung mit der wortradikalen Sozialdemokratie fand, konnte das bürgerliche System unter diesen Bedingungen noch retten. Obwohl die Wirtschaft am Boden lag und das Kapital kaum über ökonomischen Spielraum verfügte, mussten die Bürgerlichen in dieser Phase angesichts der drohenden Revolution ein sozialpolitisches Zugeständnis nach dem anderen machen. Otto Bauer zitierte einen hohen Ministerialbeamten bürgerlicher Provenienz, der zugab, dass diese Zugeständnisse in der Sozialpolitik der einzig gangbare Weg sein, um der Revolution Herr werden zu können. Was über Jahrzehnte als unmöglich zu erreichendes Ziel erschienen war, wurde plötzlich umgesetzt. Unter dem aus der Gewerkschaft

kommenden, sozialdemokratischen Sozialminister Hanusch wurden die Eckpfeiler des heutigen österreichischen Sozialsystems errichtet: 8-Stunden-Tag, Arbeitslosenunterstützung, Arbeiterkammern, Betriebsrätegesetz...

In der Bundeshauptstadt Wien wurde mit dem Wahlsieg von 1919 der Grundstein für ein historisch einmaliges Reformprojekt gelegt – das Rote Wien. Der Wohnbau (neue 65.000 Wohnungen zwischen 1923 und 1933), die progressiv gestaffelte Steuerpolitik, ein für die damalige Zeit vorbildliches Fürsorge-, Gesundheits- und Schulsystem und eine breite Palette an kulturellen Einrichtungen sollten zu den Werbeträgern für die sozialistische Idee werden.

Der neue Mensch

Im Roten Wien sollte ein neuer Mensch das Licht der Welt erblicken. Die über Jahrzehnte geschundene, körperlich und geistig in einem unmenschlichen Zustand gehaltene ArbeiterInnenklasse sollte hier die Bedingungen für einen historisch einzigartigen kulturellen Aufstieg vorfinden.

Der Austromarxismus ist nicht zuletzt als eine Kulturbewegung zu sehen. Die Ergebnisse dieser im Roten

Wien vorexerzierten Politik sind auch mehr als beeindruckend. Die Sozialdemokratie verfügte in der Zwischenkriegszeit über ein breit gefächertes Netz von Kulturorganisationen, das die ArbeiterInnenklasse im wahrsten Sinne des Wortes von der Wiege bis zur Bahre begleitete. Der "Kulturfront des Klassenkampfes", so Julius Deutsch, wurde enorme Bedeutung beigemessen.

Max Adler ging sogar so weit und meinte der "Sozialismus sei im Grunde gar keine Arbeiterbewegung als solche, sondern eine Kulturbewegung; und die Bewegung dieser Kultur besteht darin, dass der Sozialismus die Kultur durch die in Bewegung gebrachten Arbeiter verwirklichen, dass er die Kultur an die Arbeiter heranbewegen und durch sie fortbewegen will."

Die Logik hinter dieser Konzeption, welche kulturelle Fragen so sehr in den Mittelpunkt der politischen Strategie der Sozialdemokratie rückte, war, dass die Herausbildung eines neuen Menschen auf hohem kulturellem Niveau eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen jedes sozialistischen Projekts sei.

Die durch die revolutionäre Situation am Ende des Ersten Weltkriegs in Bewegung gebrachten ArbeiterInnen sollten, bevor sie einmal die Macht im Staat erobern, zuerst ihre Energie darauf konzentrieren, sich im Rahmen des von der Sozialdemokratie dargebotenen Programms zu verantwortungsvollen Persönlichkeiten auf der Höhe der Kultur und des Wissens der damaligen Zeit erziehen zu lassen. Otto Bauer nannte

dies die "Revolution der Seelen" und sah in derselben den wichtigsten Aspekt der österreichischen Revolution von 1918. Die ArbeiterInnenklasse müsse also, so Bauer, erst durch eine Art Schule gehen, die sie für den Sozialismus reif machen solle. Den Rahmen dafür bot die bürgerliche Demokratie, deren Freiräume die Sozialdemokratie für dieses große Erziehungsprojekt der ArbeiterInnenklasse nutzen wollte.

Die Entwicklung im jungen Sowjetrussland bestärkte die AustromarxistInnen in dieser Ansicht. Solange die ArbeiterInnenklasse nicht die Fähigkeit zur Selbstverwaltung der Gesellschaft erlangt habe, dürfe sie auch nicht die Macht im Staate erobern. Selbst Leo Trotzki bemerkte in "Fragen des Alltagslebens", dass die Armut an Geschichte und Tradition des russischen Proletariats zwar ein nicht zu vernachlässigender Faktor darstellte, der die Herausbildung eines revolutionären Klassenbewusstseins und die Bereitschaft zum Sturz der herrschenden Klassen und der alten kapitalistischen Gesellschaftsordnung beschleunigte, dass aber nach der Revolution das Fehlen selbst grundlegender kultureller Fertigkeiten den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft enorm erschwerte. So sehr wir diese These unterstützen können, so muss natürlich hier festgehalten werden, dass das niedrige kulturelle Niveau der russischen ArbeiterInnenklasse alleine auf keinen Fall als Ursache für die stalinistische Degeneration der russischen Revolution herhalten kann. Da waren schon ganz andere Faktoren entscheidend, nicht zuletzt die Tatsa-



Frans Masereel

„Die Sonne“

che, dass aufgrund der Politik der internationalen Sozialdemokratie die Revolution sich international nicht erfolgreich ausdehnte und Sowjetrußland als ökonomisch rückständiges Land isoliert blieb. Die Argumentationslinie von Bauer ist also nicht vielmehr als ein schlechter Versuch historische Wahrheiten umzuinterpretieren und sich selbst aus der Affäre zu ziehen.

Die angeblich mangelnde kulturelle Vorbereitung der ArbeiterInnenenschaft nutzte Otto Bauer für seine Politik, die ArbeiterInnenbewegung daran zu hindern, die Grenzen der bürgerlichen Demokratie zu sprengen. Der Austromarxismus sah seine Rolle darin, die revolutionären Massen zu zügeln und sie darauf zu vertrösten, dass sie mit der bürgerlichen Demokratie, welche die Bürgerlichen nie wollten sondern bestenfalls - mangels sonstigen Alternativen - hinnahmen, einen Rahmen erhielten, wo sie exemplarisch in einer Stadt eine neue Gesellschaft vorleben durften.

Nach den Juli-Ereignissen von 1927, als der Macht der Sozialdemokratie die Grenzen aufgezeigt worden waren, stehen die AustromarxistInnen vor einer schweren Entscheidung. Die hier zum ersten Mal offen auftretenden Konflikte über die weitere Strategie der Sozialdemokratie werden durch eine noch stärkere Betonung des kulturellen Elements des Klassenkampfes übertüncht.

Eine Strategie der Machteroberung gab es de facto nicht. Vielmehr stellte man sich auf den Standpunkt, die Sozialdemokratie könne ihren Einfluss in der Gesellschaft und im politischen System nur dadurch steigern, indem sie die ArbeiterInnenklasse mit mehr Wissen erfülle. Erst wenn diese mit Interesse am politischen Leben teilnimmt, würde sie den nötigen Willen zur Macht entwickeln. Diese These widerspricht völlig der realen Entwicklung nach 1927. Die durch die blutigen Ereignisse radikalisierte ArbeiterInnenklasse strömt regelrecht in die Partei und fordert ein entschlossenes Vorgehen gegen Faschismus und Reaktion. Der Wille zur Macht wurde von der ArbeiterInnenklasse mehr als nur einmal an den Tag gelegt.

Die Ausweitung des Volksbildungswesens, der sozialdemokratischen Kultureinrichtungen, wie Arbeiterbüchereien u.a., war zweifelsohne eine gewaltige Leistung der Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit. Sie sind bis heute der Beweis, dass die ArbeiterInnenbewegung und sonst niemand anderer der Träger einer Kultur der Moderne darstellte. Das pulsierende kulturelle Leben in den "roten Inseln" ging aber Hand in Hand mit der politischen Paralyse der ArbeiterInnenbewegung im Kampf gegen Lohnraub, Arbeitslosigkeit, Demokratieabbau und faschistische Gewalt.

Die AustromarxistInnen hatten eine völlig falsche Einschätzung bezüglich des Charakters dieser Epoche. Aufbauend auf diese falschen Perspektiven wurde auch eine völlig falsche Gewichtung in der politischen Schwerpunktsetzung gelegt. Der Austromarxismus schuf im Herzen der kapitalistischen Gesellschaft eine eigene kleine Welt, deren Symbole die riesigen Gemeindebauten, wie der Karl-Marx-Hof, das Wiener Stadion,

der Ort der großen Arbeiterolympiade von 1929, oder die Arbeiterbüchereien waren. Alfred Pfoser schreibt dazu: "In der Hingebung an das sozialistische Zukunftsbild wurde das unwegsame Gestrüpp österreichischer Politik verdrängt. Die pädagogische Versuchsanstalt des Austromarxismus diente dabei mehr und mehr als Tröstungs- und Fluchtstätte."

Der Austromarxismus wandelte dabei in den Fußstapfen von Kant und Schiller, die von dem Standpunkt ausgegangen sind, dass die pädagogische Erhöhung und Vervollkommnung des einzelnen der politischen Emanzipation des ganzen Volkes vorausgehen müsse. Ohne ersteres sei die politische Umwälzung nur ein gefährliches Abenteuer, ein blutiger Gewaltakt und eine negative Realisierung der Utopie. Diese Herangehensweise der philosophischen Wegbereiter von Otto Bauer, Max Adler & Co. wurde schon von Marx und Engels als "Flucht" und "Rettung vor der Misere" kritisiert.

Die konkrete Entwicklung der österreichischen Gesellschaft in der Zwischenkriegszeit, wie wir sie in der Folge darzustellen versuchen, setzte dem Austromarxismus mit seiner Strategie der "Revolution der Seelen" klare Grenzen.

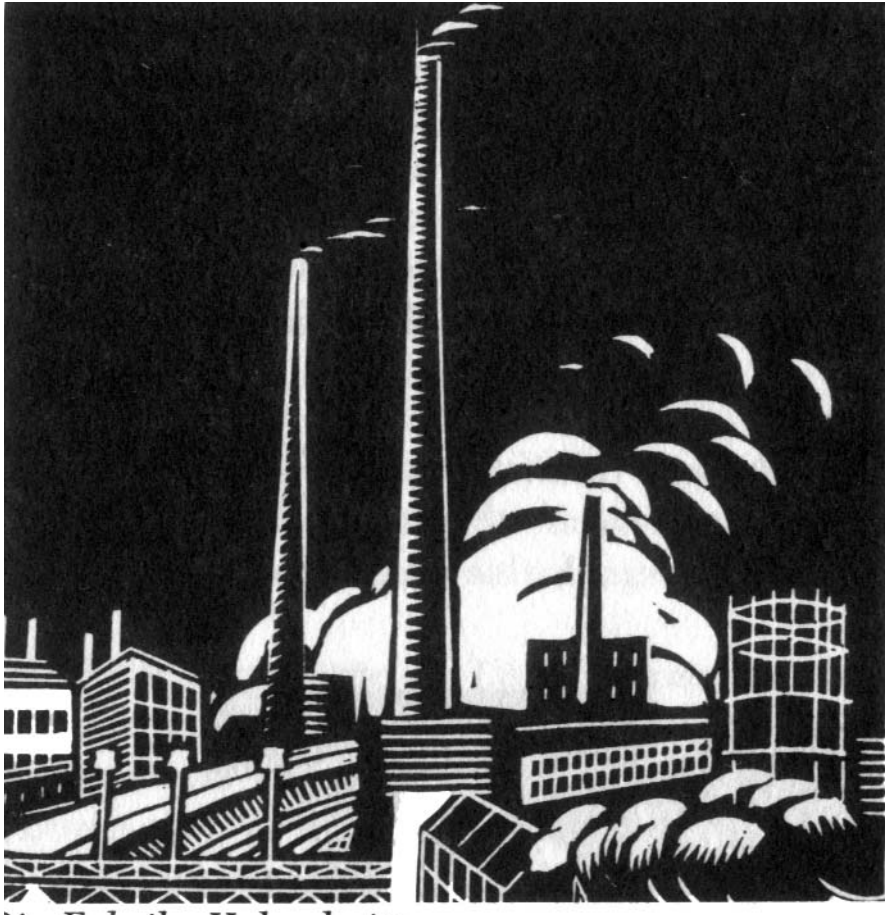
Vorbild Rotes Wien

Die Position der Austromarxisten zur strategischen Rolle des Roten Wien brachte Julius Braunthal auf den Punkt (1923):

„Die Bevölkerung wird im Laufe der nächsten vier Jahre am Beispiel Wiens ersehen, welche gewaltige Schöpferkraft Demokratie und Sozialismus bergen. Dieses glanzvolle Wirken in der Folie des düsteren Tod und kulturellen Verfall bergenden Abbaues unter der reaktionär-kapitalistischen Regierung wird, wenn es sich mit dem Organisationswerk der Machtübernahme vereint, die Viertelmillion Wähler bei der nächsten Wahl mitreißen, die zur absoluten Mehrheit im Staate der Sozialdemokratie noch notwendig ist. Bereiten wir die Machtübernahme sorgsam vor, dann ist uns die Macht im Jahre 1927 sicher.“

Hatten die Austromarxisten 1918 die sozialistische Revolution im von feindlichen imperialistischen Mächten umgebenen Kleinstaat Österreich noch als gefährliches Abenteuer bezeichnet und verhindert, so projizierten sie spätestens nach dem Wahlsieg von 1923 all ihre Hoffnungen darauf, in Wien eine sozialistische Insel aufzubauen, die derartigen Vorbildcharakter entwickeln würde, dass die Mehrheit der WählerInnen bei den nächsten Wahlen für ein derartiges sozialistisches Experiment auf Bundesebene stimmen würden. Wenn das keine Logik ist?

Für die ArbeiterInnenklasse repräsentierte das Rote Wien den Beginn einer neuen Zukunft, in der die Bedürfnisbefriedigung der werktätigen Massen zum obersten Ziel gesellschaftlicher Organisation erhoben werden sollte.



Für die Bürgerlichen war dies jedoch ein unhaltbarer Zustand. Kurzfristig musste man der ArbeiterInnenklasse entgegenkommen, wollte man nicht das gleiche Schicksal erleiden wie die ehemals Herrschenden in Russland, wollte man die kapitalistische Gesellschaftsordnung erhalten. Schon nach zwei Jahren fühlten sich bürgerliche Kreise jedoch stark genug für eine Gegenoffensive. Die Sozialdemokratie wurde aus der Regierung gedrängt und systematisch begann man damit, das Rad der Zeit wieder zurückzudrehen. Der „revolutionäre Schutt“, wie der christlich-soziale Bundeskanzler und Prälat Ignaz Seipel das große Reformwerk der ersten Nachkriegsjahre bezeichnete, sollte wieder weggeräumt werden. Die alte Ordnung sollte wieder hergestellt werden. Von Anfang an nahmen es die Bürgerlichen dabei mit den Spielregeln der Demokratie nicht so ernst. Ähnlich wie in Italien förderten namhafte Teile des Bürgertums faschistische Gruppen, die als Speerspitze gegen die ArbeiterInnenbewegung eingesetzt wurden.

Budgetsanierung

Vorerst ging es um die „Rettung Österreichs“ von den Folgen der verheerenden Wirtschaftskrise und der Hyperinflation. Der Staatshaushalt sollte saniert werden, im Gegenzug dazu bekam Österreich eine ordentliche Finanzspritze durch den Imperialismus. Mit der sogenannten „Genfer Sanierung“ wurde eine Politik

eingeleitet, die darauf hinauslief, dass die Arbeiter-schaft die Krise auszubaden hatte. Und das mit der politischen Unterstützung durch die Sozialdemokratie! Schon 1921 war Otto Bauer mit einem Programm an die Öffentlichkeit getreten, das allen Schichten der Bevölkerung, vom Bürgertum bis zur ArbeiterInnenklasse enorme Opfer abverlangt hätte. Ein gemeinsamer nationaler Kraftakt hätte die Wirtschaft sanieren sollen. Im Oktober 1922 schloss Kanzler Seipel dieses Abkommen mit dem Völkerbund, das massive Belastungen nur für die ArbeiterInnenklasse brachte. Durch die Anleihe funktionierte die österreichische Politik nun auf Befehl des westlichen Imperialismus. Für das Bürgertum war dies der einzige Ausweg aus der tiefen Krise des österreichischen Kapitalismus. Selbst zu schwach für einen Generalangriff auf die ArbeiterInnenklasse, musste es sich dem Imperialismus unterordnen und hoffen, dass dieser genügend Druck erzeugen könnte, den es benötigte, um die sozialen Reformen, Produkt der Revolution von 1918-19, wieder rückgängig zu machen.

Gegen die Sozialdemokratie war solch eine Politik aber nicht durchzusetzen. Diese beantwortete die Regierungspläne zunächst mit der Drohung, man würde eine breite Massenkampagne gegen die Budgetsanierung organisieren. In der Frage der „Genfer Anleihe“, die ausschließlich die breite Masse der ArbeiterInnen, Angestellten und Beamten belasten sollte, bestätigte die Sozialdemokratie aber dann doch, dass sie bereit war, innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung

ein normales Wirtschaftsleben aufzubauen. Ohne das Mitwirken der Sozialdemokratie hätte die Sanierung nie umgesetzt werden können. Das vom Völkerbund konzipierte Sanierungsprogramm sah eine außerordentliche Vollmacht für die Regierung vor, damit diese ungehindert und ohne Rücksicht auf das Parlament ihre Wirtschaftspolitik vollziehen konnte. Dazu brauchte die herrschende Klasse aber die Zustimmung der Sozialdemokratie im Parlament, sonst wäre die dafür vorgesehene Zwei-Drittel-Mehrheit nicht zustande gekommen. Dieser Generalvollmacht konnte die Parteiführung nicht zustimmen, die Sanierung wollte sie aber auch nicht verhindern. Deshalb drängte sie auf einen faulen Kompromiss: Durch die Einführung eines Kabinettsrats, in dem die Sozialdemokraten vertreten waren und die Bürgerlichen mit einfacher Mehrheit alles beschließen konnten, wurde ein Kompromiss gefunden, mit dem die SDAP die Sanierung zwar nicht verhindern konnte, in das parlamentarische Spiel aber eingebunden blieb und ihr Gesicht vor der eigenen Basis zu wahren versuchte.

Otto Bauer sollte später diesen Tag als „den Moment der entscheidenden Umwälzung des Klassenkräfteverhältnisses in Österreich und der Machtergreifung der Bourgeoisie in der Republik“ bezeichnen. Mit dieser Vorgehensweise verspielte sich die Sozialdemokratie auch eine historische Chance, als kurz darauf ein Streik im öffentlichen Dienst gegen die Sanierung begann. Durch eine Intervention in diesen Arbeitskampf gegen den Sozialabbau wäre es möglich gewesen, das bürgerliche Lager zu spalten, das nicht zuletzt auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als soziale Basis angewiesen war. Mit ihren taktischen Spielchen im Parlament hatte die Sozialdemokratie jedoch jegliche Glaubwürdigkeit in dieser Frage verspielt.

Das Linzer Programm

Beim Parteitag 1926 in Linz gab sich die SDAP ein neues Programm. Dieses stammte aus der Feder von Otto Bauer und brachte die generelle Strategie der Sozialdemokratie zu Papier. Dabei wurde die ArbeiterInnenbewegung auf die Eroberung der Staatsmacht mittels bürgerlicher Wahlen ausgerichtet. 50 Prozent und eine Stimme seien notwendig, um in Österreich ein sozialistisches Projekt nach dem Vorbild des Roten Wien starten zu können. Der explosiven Stimmung in weiten Teilen der sozialdemokratischen Basis versuchte man durch eine radikale Sprache zu entsprechen. Das Proletariat müsse wehrhaft bleiben, der Schutzbund in ständiger Bereitschaft sein. Falls die herrschende Klasse eine monarchistische oder faschistische Konterrevolution starten sollte, dann wäre die Sozialdemokratie bereit, auch zu den Mitteln der Diktatur des Proletariats zu greifen. Keine andere sozialdemokratische Partei hatte derart radikale Formulierungen in ihren Programmen. Trotzdem war der Austromarxismus, der in die-

sem Programm seine konzentrierte Form fand, weit davon entfernt eine österreichische Spielart des Bolschewismus zu sein, wie dies die Rechte darzustellen versuchte. Laut Bauer wäre die Diktatur des Proletariats als reines Defensivmittel zu sehen. Gewalt sei nur dann zulässig, wenn die Gegenseite zuerst die Demokratie ausschalte. Gewalt sei aber nicht zulässig, die Gegner rechtzeitig daran zu hindern, ihre Mittel zur Ausschaltung der Demokratie in Bewegung zu setzen. Der Austromarxismus verdamnte mit diesem Programm die ArbeiterInnenbewegung zu einer Strategie des Abwartens, des Ausweichens und der Passivität.

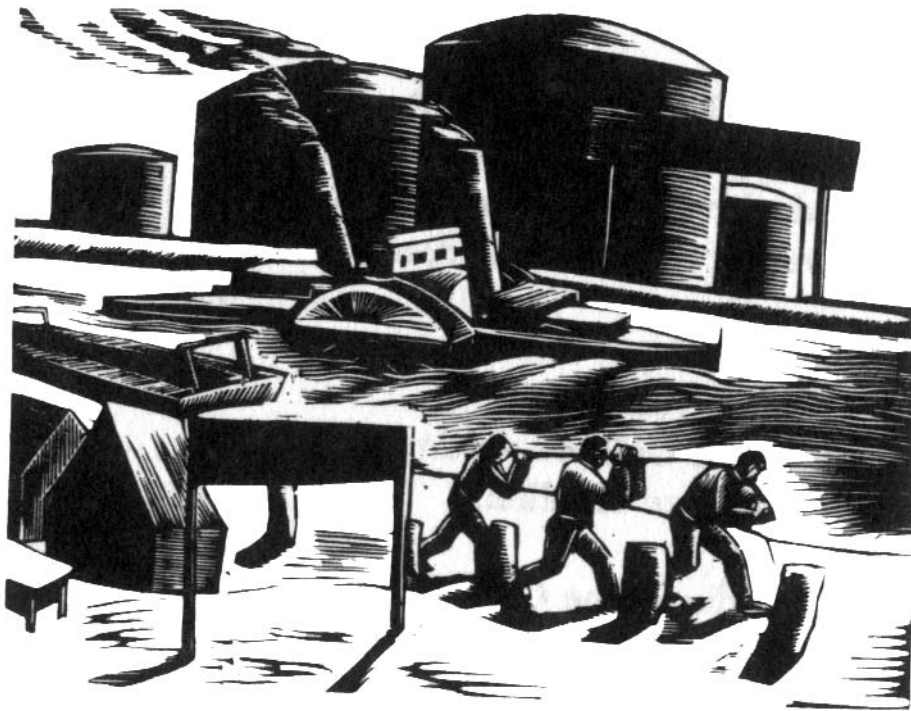
Der austromarxistische Reformismus

Für Otto Bauer war die bürgerliche Demokratie eine nicht zu überspringende Etappe im Kampf für eine sozialistische Gesellschaft. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht, die Teilnahme am parlamentarischen System sollten die Voraussetzungen für das Anwachsen der Arbeiterparteien zu echten Massenparteien schaffen, die der herrschenden Klasse Zugeständnisse abringen könnten, welche wiederum die Hebung des physischen und kulturellen Niveaus der Arbeiterklasse ermöglichten.

Die Erringung der absoluten Mehrheit und der Aufbau sozialistischer Inseln in der kapitalistischen Gesellschaft (die Sozialisierung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft, sozialdemokratisch dominierte Gemeindeverwaltungen, Aufbau einer Gegenkultur in Form der sozialdemokratischen Kulturorganisationen) waren die Werkzeuge dieser Politik.

Otto Bauer hatte diese reformistische Ausrichtung durchaus auch theoretisch begründet. Der gegen die Austromarxisten oft erhobene Vorwurf, bei ihnen würden (revolutionäre) Theorie und (reformistische) Praxis auseinander klaffen, entbehrt bei etwas genauerem Studium dieser Strömung jeder Grundlage.

Es gibt das geflügelte Wort, dass der Marxismus auf dem Weg von Großbritannien und seiner modernen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Marx und Engels unter die wissenschaftliche Lupe genommen hatten, nach Österreich nicht zu übersehende Transportschäden erlitten hat. Mit anderen Worten: Als der Marxismus Ende des 19. Jahrhunderts zur dominierenden Weltanschauung in der österreichischen ArbeiterInnenbewegung aufstieg, entwickelten die Führer der Sozialdemokratie wie Victor Adler ein sehr eigenartiges Marxismusverständnis. Vor allem die Dialektik, eines der Herzstücke der von Marx und Engels entwickelten Theorie, wurde in Österreich nie richtig verstanden. Besonders fehlte es in der österreichischen Sozialdemokratie an einer Anwendung dieser wissenschaftlichen Methode auf historische und gesellschaftliche Prozesse. Das erklärt das gradualistische, mechanistische Geschichtsbild, das in den Schriften von Victor Adler (z.B. das Parteiprogramm vom Hainfelder Einigungsparteitag) bis hin zu jenen der Austromarxisten in



der Zwischenkriegszeit vorherrscht.

Diese Schwächen in der politischen Theorie wirkten sich umso katastrophaler für die weitere Entwicklung der ArbeiterInnenbewegung aus, als sich auch hierzulande Schritt für Schritt eine bedeutende Bürokratie in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften herauszubilden begann. War der Marxismus von Anfang an durch die Vernachlässigung der Dialektik seines revolutionären Potentials beraubt, so gab es nun in den Reihen der ArbeiterInnenbewegung eine soziale Schicht mit eigenen materiellen Interessen, die eine reformistische Politik vertrat und dies auch theoretisch rechtfertigen wollte. Aufgrund der Radikalität der österreichischen Arbeiterschaft vor 1914 und in der Ersten Republik musste dies auch in radikale Worte gehüllt werden. Der Austromarxismus von Otto Bauer erlangte gerade deshalb eine derartige Bedeutung in der österreichischen ArbeiterInnenbewegung und konnte ruhig neben dem offenen Reformismus koexistieren.

Wie bei vielen anderen Linken entpuppt sich auch bei Otto Bauer die Frage der Krisentheorie, das Abweichen von einer marxistischen ökonomischen Theorie, als des Pudels Kern. Sein Erklärungsansatz für die kapitalistische Krise war die Disproportionalitäts-Theorie (in Kasten kurz erklären), der die theoretische Begründung für eine reformistische Praxis lieferte. Laut Bauer besteht der „Grundwiderspruch“ des Kapitalismus in der „Anarchie“ des Produktionsprozesses bzw. der einzelnen Produktionsbereiche. Durch die Einführung einer zentralen Planungsstelle, bestehend aus Vertretern der Industrie und der sozialistischen Regierung (von Arbeiterkontrolle und -selbstverwaltung ist bei ihm nicht die Rede!), sollen die einzelnen Bereiche der Volkswirtschaft aufeinander abgestimmt und eine har-

monische ökonomische Entwicklung ermöglicht werden. Der Übergang zum Sozialismus ist entsprechend diesem Konzept eindeutig ein gradualistisches. Hinweinsachsen in den Sozialismus statt revolutionärer Umsturz, was etwa Rosa Luxemburg in den Debatten der Zweiten Internationale mit Eduard Bernstein angesichts der kapitalistischen Krise als unabdingbar erachtete.

Otto Bauers Verständnis vom Charakter von Krisen führt fast zwangsläufig zu einer reformistischen Praxis. Beispielhaft seine Herangehensweise an die Teuerungswelle im Jahre 1910: Damals bedrohte die Teuerung die Existenz breiter Schichten der ArbeiterInnenklasse. Angesichts der Paralyse des Parlaments war die sozialdemokratische Reformkonzeption zu jenem Zeitpunkt in einer Sackgasse angelangt. Aus der Gewerkschaftsbewegung wurden daher die Stimmen für einen außerparlamentarischen Kampf immer lauter. Angesichts der großen Unruhe in der ArbeiterInnenbewegung widmete sich Bauer intensiv dieser Frage und versuchte nachzuweisen, dass die Sozialdemokratie wegen der objektiven Ursachen dieser Teuerungswelle (das ungleichzeitige Wachstum der Industrie- und der Agrarproduktion laut Bauer) machtlos sei. Ändern könne sie nur etwas an der durch die von der von agrarischen Interessen geleiteten Regierung bestimmten Zoll- und Handelspolitik, welche die Teuerung verschärfte. Das bedeutete für die politische Praxis: Im Parlament sollte für einen politischen Kurswechsel der Regierung eingetreten werden. Massenkämpfe, wie sie dann ein Jahr später Wien erschüttern sollten, seien hingegen zwecklos. Die aus den Gewerkschaften erhobene Forderung nach einer gleitenden Lohnskala, d.h. die Anhebung der Löhne entsprechend des Anstiegs

der Preise, lehnte er konsequenterweise ebenfalls ab. Otto Bauer war in der Zweiten Internationale politisch sozialisiert worden. Deren Konzeptionen fanden im Austromarxismus ihre Fortführung. Grundlage des Austromarxismus war die Vorstellung von einem ununterbrochenen, fast schon natürlichen Anwachsen der Arbeiterklasse und der Macht ihrer Organisationen – zumindest solange sich der Kapitalismus in einem Wachstumsprozess befindet. Die objektive Entwicklung des Kapitalismus ist alles, die Sozialdemokraten haben nur die Aufgabe, „an dem sich vor ihren Augen vollziehenden gesellschaftlichen Umwälzungsprozess bewusst teilzunehmen, die Entwicklung und die Bedingungen des Klassenkampfes, zu dem die Entwicklung des Kapitalismus selbst das Proletariat zwingt, und die Ergebnisse, zu denen der Kampf und der Sieg des Proletariats führen müssen, zu erkennen und dem noch ohne klares Bewusstsein seiner geschichtlichen Aufgaben kämpfenden Proletariat seine Lage in der Gesellschaft, die Aufgaben, die sich aus dieser Lage ergeben, die Voraussetzungen und Mittel seiner Befreiung zu klarem Bewusstsein zu bringen.“

Das Geschichtsbild des Austromarxismus war daher völlig mechanistisch. Die im Kommunistischen Manifest erstmals beschriebene Rolle des subjektiven Faktors, das heißt der proletarischen Partei als der Zusammenschluss der fortgeschrittensten Teile der Klasse, die bewusst versuchen, die gemeinsam im täglichen Klassenkampf gemachten Erfahrungen der Arbeiterklasse zu verallgemeinern und die Bewegung im realen Klassenkampf weiterzutreiben, um so die Voraussetzungen für den Kampf um die Macht zu schaffen, war den Austromarxisten fremd.

Wehrhaftmachung des Proletariats

Seit 1920 war die SDAP in Opposition. Durch das „Genfer Abkommen“ waren dem Parlament wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen entzogen und die Sozialdemokratie somit ihrer wichtigsten politischen Bühne beraubt. In der Volkswehr, der Vorläuferin des Bundesheeres, wurden sozialistische und kommunistische Wehrverbände zurückgedrängt und alte k.u.k. Offiziere wieder mit Posten und absoluter Macht ausgestattet. Auch traten die konservativ-monarchistisch bis offen faschistisch gesinnten Heimwehren und Frontkämpfervereinigungen wie auch schon die ersten Nazi-Gruppierungen in der Öffentlichkeit immer forscher und besser organisiert auf. Sie wurden von den Christlich-Sozialen nicht nur geduldet, sondern erhielten in einigen Bundesländern sogar den politischen Auftrag zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“. So erzwangen bereits 1922 6.000 bewaffnete Heimwehrlere die Niederlegung des Streiks im Judenburger Gusstahlwerk.

Die Jahre von 1923 bis 1927 waren durch eine Welle politischer Gewalt gekennzeichnet. Immer häufiger wurden die faschistischen Provokationen. Selbst vor

der Ermordung sozialdemokratischer Arbeiter und Funktionäre (1923 Birnecker, Still und Kovarik, 1924 Überfall auf Arbeiterturner in Klosterneuburg, 1925 Mord am Mödlinger Gemeinderat Müller) schreckten diese Banden nicht zurück. Kein Wunder, konnten sie sich doch auch sicher sein, dass sie seitens des bürgerlichen Staats nichts zu befürchten hatten. Die Justiz ergriff eindeutig Partei. Der Freispruch wurde sogar im Mordfall zur Regel. Die Täter kamen nahezu ungeschoren davon, so wurde einer dieser Todesschützen zu einer Geldstrafe von 100.000 Kronen verurteilt, zeitgleich wurde ein Gewerkschaftsfunktionär wegen der „Nötigung“, Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen, zu einer gleich hohen Strafe verurteilt... Der Begriff Klassenjustiz fand hier seinen ungeschminkten Ausdruck.

Die Orientierung der Sozialdemokratie auf eine Demokratisierung der Armee, die als prinzipiell neutral erachtet wurde, zeigte sich spätestens Mitte der 1920er als Illusion. Theodor Körner schrieb dazu: „Solange die Bourgeoisie die demokratische Mehrheit im Parlament und damit die Regierungsgewalt innehat, wird sie ihre Herrschaft in Gesetzgebung und Verwaltung hemmungslos auszuüben versuchen“. Die Sozialdemokratie erkannte zurecht, dass sich hier Ähnliches anbahnte wie im faschistischen Italien, und beschloss die „Wehrhaftmachung des Proletariats“. Eine Schlüsselrolle nahmen dabei die Arbeitsportorganisationen, wie die Wehrtturner, und natürlich der 1923 gegründete parteieigene Paramilitär, der Republikanischen Schutzbund, ein.

Der Schutzbund war anfangs eine Zusammenfassung der bereits aus der Rätebewegung bestehenden Arbeiter- und Fabrikswehren, die sich als spontane Reaktion auf die rechtsextremen Bürgerwehren gebildet hatten und sich in ihrem Selbstverständnis als „bewaffneter Machtfaktor des Räteystems“ und als „bewaffnete Institution des Proletariats“ sahen. Die Aufgabe des Schutzbunds war jedoch vor allem die eines Ordnerschutzes bei Demonstrationen und Veranstaltungen. Angesichts der Gewalt von rechts war dieser Schritt unumgänglich.

Die Art, wie der Schutzbund organisiert wurde, war bezeichnend für die gesamte politische Ausrichtung des Austromarxismus. Mit bis zu 80.000 Mann war der Schutzbund die stärkste militärische Formation, welche die ArbeiterInnenbewegung je in einem entwickelten kapitalistischen Staat außerhalb unmittelbarer Bürgerkriegssituationen aufgebaut hatte. Funktioniert hat der Schutzbund spätestens nach den Juli-Ereignissen von 1927 auf ausdrücklichen Wunsch des Parteivorstands nach dem Vorbild traditioneller Armeen. Militärische Disziplin, Kommandohierarchien waren wichtiger als politische Ideen. Die regelmäßigen Aufmärsche des Schutzbunds ließen in der ArbeiterInnenklasse das Bewusstsein aufkommen, dass ihr Schutz und die Verteidigung ihrer Errungenschaften an eine paramilitärische Organisation delegiert werden könnte.

Wilhelm Ellenbogen brachte die damit verbundenen Gefahren auf den Punkt: „Die größte Gefahr aber entspringt der Tatsache, daß der Schutzbund auf die

Dauer ein Mittel zur Einschläferung der Kampfkraft und des Kampfwillens der zur Revolution berufenen Masse des Proletariats ist, das sich an den Gedanken gewöhnt, daß er dazu da sei, um an Stelle der Volksmassen selbst den Barrikadenkampf zu führen.“

Die politische Ausrichtung des Schutzbunds, die von einem Stellvertretergedanken geprägt war, sollte sich mit der zunehmenden Demoralisierung breiter Schichten der ArbeiterInnenklasse im Zuge der Wirtschaftskrise und der vom Parteivorstand geforderten Passivität bei den faschistischen Angriffen im Februar 1934 als fatal erweisen.

Von Schattendorf...

Am Nachmittag des 30.1.1927 wurden drei Teilnehmer eines Schutzbundaufmarsches (darunter ein Kind und ein Kriegsinvalide) im burgenländischen Schattendorf von Frontkämpfern erschossen. Diese Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer, in den darauffolgenden Tagen kam es in Österreich zu Protestkundgebungen und Arbeitsniederlegungen. Als die Mörder von Schattendorf am 14. Juli 1927 auch noch freigesprochen wurden, konnten auch die geschicktesten Redner aus Partei und Gewerkschaft die Lage nicht mehr beruhigen. Die ersten, die vom Freispruch erfahren hatten, waren die Arbeiter des E-Werks Mariannengasse im 9. Wiener Gemeindebezirk. Sie fassten noch in der Nacht einen Streikbeschluss. Als die Nachricht am nächsten Morgen in den Betrieben bekannt wurde, wurden in vielen Fabriken etwaige Weisungen der Gewerkschaften und der Partei gar nicht abgewartet. Zwischen 8 und 9 Uhr brachen die ersten Belegschaften großer Betriebe aus Simmering, Währing, Döbling und Floridsdorf Richtung Zentrum auf.

...zum Justizpalast

Unterwegs schlossen sich ihnen Bauarbeiter und Belegschaften anderer Betriebe an. Um 8 Uhr traten die Wiener MagistratsbeamtenInnen in den Ausstand. Um 9 Uhr 30 ritt die Polizeikavallerie den ersten Angriff auf die Demonstration, eine Stunde später wurde der erste Arbeiter getötet. In der Folge wurden zahlreiche Polizeistationen und die Redaktionen der deutschnationalen „Wiener Neuesten Nachrichten“ und der christlich-sozialen „Reichspost“ zerstört, zum Schutz gegen weitere Reiterattacken wurden in der Innenstadt Barrikaden gebaut. Nachdem vor dem Parlament nichts auszurichten war, zogen immer mehr DemonstrantInnen zum Justizpalast, der schlussendlich in Feuer aufging. Diese spontanen Proteste versuchte die Parteiführung mit allen Mitteln unter ihre Kontrolle zu bringen. Eine wichtige Rolle sollten dabei Einheiten des Schutzbunds spielen, die den Ordnerdienst versahen. Nur mühsam gelang es dem Schutzbund, die eingeschlossenen Polizisten zu retten und der Feuerwehr Zugang zum Brand-

herd zu schaffen. Als sich nach harten Auseinandersetzungen der Ordnerdienst durchgesetzt hatte und die Feuerwehr mit den Löscharbeiten begann, fing die Polizei an, in die Menge zu schießen.

Währenddessen tagte im Parlament der Parteivorstand der SDAP. Die dort geführte Diskussion ist nur schwer nachzuvollziehen, klar ist allerdings, dass sich gewaltige Gräben aufgetan haben müssen. Während Exponenten des rechten Flügels meinten, dass „Demonstrationen nicht mehr zeitgemäß seien“, meinte eine Minderheit, dass man jetzt „aufs Ganze gehen solle“, was auch bedeutete, dass Waffen ausgeteilt werden sollten. Julius Braunthal, damals Mitglied des Vorstands, schilderte später, wie immer wieder ArbeiterInnen diese Forderung aufstellten: „Sie stürzten herein und heischten stürmisch, flehentlich, mit Tränen in den Augen Waffen“.

Schlussendlich wurde ein eintägiger Generalstreik für Wien, ausgenommen lebenswichtige Betriebe, sowie die Verhängung eines gesamtösterreichischen Verkehrs- und Telekommunikationsstreiks und ein Zeitungsstreik beschlossen. Ausgenommen davon waren einige wenige sozialdemokratische Zeitungen und Kommunikationslinien. Alle Maßnahmen hatten aber rein defensiven Charakter, die in erster Linie dazu dienen sollten, Kanäle zu schaffen, um die entstandene Radikalisierung wieder abklingen zu lassen und wieder die Kontrolle über die Arbeiterschaft zu gewinnen.

Nachdem die Innenstadt „gesäubert“ worden war, fuhr die Polizei durch die Arbeiterbezirke und schoss wahllos in Menschenansammlungen, bis hinein in den Samstag kam es in den Bezirken zu Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterschaft und der Polizei. Im Juli 1927 starben 89 Menschen, 85 davon waren ArbeiterInnen (40 SozialdemokratInnen einschließlich Mitglieder der Roten Falken und der Sozialistischen Arbeiterjugend, 11 Schutzbündler, 2 Kommunisten und 2 Trotzlisten). Über 1000 wurden ins Spital eingeliefert, die Zahl der Verwundeten war aber sicher höher, da viele nicht wagten, ein Krankenhaus aufzusuchen.

Die Ereignisse dieser Tage wurden in der Partei sehr unterschiedlich gesehen. Karl Renner und Julius Deutsch traten als harte Kritiker der DemonstrantInnen auf. Max Adler allerdings meinte, dass die Wiener ArbeiterInnen ein „Zeugnis von der Lebendigkeit der moralischen Kraft im Proletariat“ gezeigt hätten und drehte den Vorwurf der Disziplinlosigkeit und falschen Erziehung um; die Führung nämlich sei falsch erzogen: „zu staatsmännischem Denken“ statt „zum sozialistischem Denken“.

Die Reaktion auf dem Vormarsch

Die spontane Protestbewegung der Wiener ArbeiterInnen vom 15. Juli 1927 endete in einer blutigen Niederlage. Dieser Tag sollte zu einem Wendepunkt in der Geschichte der Ersten Republik werden. Bei allen kleinen Erfolgen der vergangenen Jahre wurde die Politik

der Bürgerlichen doch noch immer von der Erinnerung an die Revolution geprägt: Die ArbeiterInnenbewegung hatte 1918 ihre Muskeln spielen lassen. Wenn diese Kraft einmal in Bewegung war, dann konnte sie durch nicht mehr gestoppt werden. Vor allem in Wien, wo zwei Drittel der Bevölkerung hinter der Sozialdemokratie standen, war das Kräfteverhältnis eindeutig. Der 15. Juli 1927, die Tatsache, dass auf Wiens Straßen auf demonstrierende ArbeiterInnen geschossen worden war und die sozialdemokratische Parteiführung trotzdem still gehalten hatte, hatte daher enorme Symbolkraft. Die Meinung machte sich nun breit, dass die Sozialdemokratie zu keinem ernsthaften Widerstand bereit sei. Von nun an gingen die Bürgerlichen, die aus diesen Ereignissen gestärkt hervorgegangen waren, systematisch in die Offensive, die in allen gesellschaftlichen Bereichen spürbar werden sollte.

Seipel, der zum Strategen der österreichischen Reaktion aufgestiegen war, sah in einer Politik der Nadelstiche die richtige Methode zur Zermürbung der ArbeiterInnenbewegung. Nun setzte es eine Provokation nach der anderen, wobei die Bürgerlichen immer nur so weit gingen, wie sie von der Parteispitze der SDAP direkte oder indirekte Unterstützung erwarten konnten. Die bürgerliche Demokratie wurde so Schritt für Schritt ausgehöhlt und für den faschistischen Generalangriff vorbereitet.

Im bürgerlichen Lager war dieser Kurs unumstritten. Sowohl Finanzkapital wie die Industriellenvereinigung und Großgrundbesitzer standen hinter dieser Politik, die oft als „Faschisierung“ bezeichnet wird. Alle drei großen bürgerlichen Parteien, die Christlich-Sozialen, die Großdeutschen und der Landbund, trugen diese Politik mit. Und als Stoßtrupp dienten ihnen die unzähligen faschistischen Verbände, die im ganzen Land entstanden und finanziell und politisch von oben gefördert wurden.

Die Heimwehrebewegung

Nach dem 15. Juli 1927 kristallisierten sich die Heimwehren als die Organisation heraus, welche zur Speerspitze dieser Politik werden sollte. Vor allem in Tirol und der Steiermark hatte die Heimwehr starke Landesverbände. Hier wurden sie schon während der Ereignisse vom 15. Juli von den Landesregierungen und der Exekutive als eine Art Hilfstrupp eingesetzt. Ihre vorrangige Aufgabe bestand darin, den Eisenbahnerstreik im Keim zu ersticken.

Nachdem sie diese Bewährungsprobe bestanden hatten, bekannten sich Kanzler Seipel und seine Partei offen zu den Heimwehren. Nun flossen reichlich finanzielle Mittel aus den Kassen der Industriellenvereini-



gung, staatliche Stellen rüsteten die Heimwehren mit Waffen aus.

Wochenende für Wochenende gab es nun offene Provokationen gegen die ArbeiterInnenbewegung. In Industriegemeinden wurden Demonstrationen abgehalten, um die ArbeiterInnen aus der Reserve zu locken, Arbeiterheime wurden überfallen, sozialdemokratische Versammlungen gesprengt. Der steirische Heimwehrführer Pfrimer brachte die Taktik der Faschisten auf den Punkt: „Es gibt in Österreich keine Ruhe, bevor nicht der Marxismus am Boden liegt.“

Neben dem Rechtsanwalt Pfrimer standen an der Spitze der Heimwehrbewegung noch sein Berufskollege Steidle in Tirol, der steirische Landeshauptmann Rintelen von der Christlich-Sozialen Partei, „Fürst“ Starhemberg aus Oberösterreich und Unterstützer Adolf Hitlers Anfang der 1920er, der spätere ÖVP-Bundeskanzler Julius Raab in Niederösterreich sowie Major Waldemar Papst, der schon 1919 aktiv an der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beteiligt war und nach dem niedergeschlagenen Kapp-Putsch von Deutschland nach Tirol geflohen war.

Den Heimwehren wurde von ihren Finanziers nicht zuletzt die Aufgabe zgedacht, ausgehend von Österreichs größtem Industriekonzern, der Alpine Montan, in den Betrieben die Macht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu brechen.

Ab Juli 1927 wurden in der Alpine Montan keine Arbeiter mehr eingestellt, die in den sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften organisiert waren. Im Gegenzug wurden den Heimwehren nahe stehende „Unabhängige Gewerkschaften“ (UG) gegründet, um die Arbeiterschaft zu spalten. Eine Anstellung konnte man in diesem Bereich nur dann bekommen, wenn man zuerst der Heimwehr beitrug. Arbeiter, die sich weigerten, riskierten den Verlust des Arbeitsplatzes und die Delogierung aus der Werkswohnung. Wer der Heimwehr beitrug, bekam dafür individuelle Lohnerhöhungen und Sonderprämien. Die Gewerkschaftslokale, die im Besitz der Alpine Montan standen, wurden eines nach dem anderen der Heimwehr übertragen. Terror regierte nun in den Industriegebieten.

Doch die Arbeiterschaft wollte das nicht kampflos hinnehmen. Immer wieder kam es zu Streikaktionen, so etwa im April 1928 im Bergwerk Seegraben oder im Mai 1928 in Hüttenberg, einem Kärntner Betrieb der Alpine Montan. Nach 14tägigem Streik kapitulierten jedoch die Führer der Freien Gewerkschaften und unterzeichneten den sogenannten „Hüttenberger Pakt“ mit der Generaldirektion der Alpine Montan, in dem die volle Gleichberechtigung der gelben UG festgehalten wurde. Der Terror wurde dadurch legalisiert und widerstandslos hingenommen. Keine der Forderungen der streikenden Arbeiter wurde erfüllt. Diese offene Niederlage war eine Einladung für die Faschisten, einen Gang zuzulegen.

Nun sollte das „Rote Wien“ ins Visier genommen werden. Nach dem Vorbild von Mussolinis „Marsch auf Rom“ planten die Heimwehren nun einen „Marsch auf

Wien“. Ausgehend von der obersteirischen Industrieregion über das südliche Niederösterreich rückte man der sozialdemokratischen Hochburg näher.

Diese Heimwehraufmärsche liefen immer nach der selben Dramaturgie ab. Ein katholischer Priester zelebrierte vor den aus Nah und Fern zusammengezogenen „Hahnenschwanzlern“ eine Feldmesse und wehte einen Wimpel der Heimwehr, dann hielten Heimwehrführer Brandreden gegen „Marxismus und Parlamentarismus“. Und von der Tribüne herunter applaudierte die lokale bürgerliche Politprominenz: bürgerliche Abgeordnete, der Bezirkshauptmann, der Gendarmekommandant.

Generalprobe für den „Marsch auf Wien“

Für den Oktober 1928 hatten die Heimwehren die Generalprobe für den Marsch auf Wien angesetzt. Konkreter Anlass war das Ziel, die Sozialdemokratie in der Frage der Mietgesetzgebung zum Nachgeben zu zwingen. In der Arbeiterstadt Wr. Neustadt, einer der Wiegen der österreichischen Sozialdemokratie, wollten sie darüber hinaus ihre Macht demonstrieren. In Wr. Neustadt selbst und in Wien ging angesichts dieser Provokation ein Ruck durch die Arbeiterschaft. Auf einer Konferenz der sozialdemokratischen Vertrauensmänner von Wr. Neustadt wurde der Beschluss gefasst, eine große Gegendemonstration zum Heimwehraufmarsch zu organisieren, wofür auch Arbeiterinnen aus anderen Städten mobilisiert werden sollten. Die Parteiführung nahm diesen Aufruf für einen Gegenaufmarsch auf, hoffte sie doch, die Regierung dazu zu bewegen, beide Demonstrationen zu verbieten. Kanzler Seipel spielte da jedoch nicht mit und ließ die Heimwehren gewähren.

Die Sozialdemokratie versuchte daraufhin, den Heimwehren den Wind aus den Segeln zu nehmen und beschloss bei ihrem Parteitag im September einen Antrag zur Lockerung des Mieterschutzes. Doch alle Appelle an Regierung und Landeshauptmann, doch den Heimwehraufmarsch zu verbieten, und das Versprechen, als Gegenleistung die Arbeiterdemonstration ebenfalls abzusagen, verhallen ungehört. Die Bürgerlichen belustigten sich angesichts dieser Kapitulationsbereitschaft und argumentierten, ein Verbot des Heimwehraufmarsches wäre verfassungswidrig. Ziemlich scheinheilig, wenn man berücksichtigt, dass erst Ende September ein antifaschistischer Aufmarsch der Kommunistischen Partei untersagt worden war. Und am 1. Oktober – um noch eins draufzusetzen – kam es zum Verbot der Arbeiterdemonstration durch die Wr. Neustädter Polizei. Die Antwort der Sozialdemokratie? Karl Renner verlangte im Parlament die „innere Abrüstung“ und machte das Angebot, die Sozialdemokratie wäre zur Auflösung des Schutzbunds bereit. Wer so deutlich seine Schwäche zur Schau stellt, der lädt den Gegner zu noch größerer Aggressivität ein.

Nachdem nichts zu helfen schien, versuchte die

Parteiführung zumindest eine offene Eskalation zu verhindern und kam den Heimwehren in einer Reihe von Fragen zur Sicherheit deren Aufmarsches entgegen. Schlussendlich wurde ein Abkommen geschlossen, das die Durchführung der beiden Demonstrationen klar regelte. Es gab einen festgelegten Zeit- und Aufmarschplan. Und die Parteispitze richtete einen Appell an ihre Mitglieder, „bedingungslos die behördlichen Direktiven zu befolgen“.

Am 7. Oktober kam es dann zur großen Machtprobe. Tausende Soldaten und Polizisten sollten den Heimwehraufmarsch vor den ArbeiterInnen schützen. Verstärkung bekamen sie von Einheiten des Schutzbundes. Es kam sogar zu einem Vorfall, wo Aktivisten der KP, die zu den Schutzbündlern reden wollten und Flugzettel verteilten, von SDAP-Funktionären angehalten und der Polizei übergeben wurden. Der Vormittag gehörte so den Heimwehren, die durch leere Straßen marschierten. Am Nachmittag folgten dann die Schutzbündler mit ihrer Demonstration. Die ganze Stadt bejubelte sie. Doch dieser Tag markierte eine weitere Niederlage der ArbeiterInnenbewegung.

Die Heimwehren wurden angesichts dieses Erfolges immer herausfordernder. Dafür stehen der Aufmarsch in Linz sowie der bewaffnete Überfall auf das Arbeiterheim in Gloggnitz am 3. Februar 1929. Als Reaktion auf diesen Gewaltakt, bei dem mehrere Arbeiter verletzt worden waren, traten die Kohlebergarbeiter in Hart bei Gloggnitz in den Streik. Streikziel war die sofortige Entlassung aller Heimwehrlere. Die Gewerkschaftsführung wollte den Streik unbedingt beenden. Doch diese Deeskalationsstrategie fand bei den Arbeitern kein Gehör. In drei Abstimmungen wurde eine Fortsetzung des Streiks beschlossen. Erst als die Gewerkschaftsführung damit drohte, keine Streikgelder mehr auszubezahlen, war eine Mehrheit für den Abbruch des Streiks.

Und wieder ergriff der Staatsapparat eindeutig Partei. Diesmal kam es zum Verbot des Arbeiter-Jagd- und Schützenvereins durch den Innenminister und zu einer ersten Hausdurchsuchung im Vorwärts-Haus, der Parteizentrale der Sozialdemokratie in Wien. Wie konnte es anders sein: Auch dieser Demütigung setzte die Parteiführung nichts entgegen. Rufe nach einem entschiedenen Vorgehen beantwortete sie mit der Feststellung, dass „durch solche Zwischenfälle die im Parlament entstandene friedliche Atmosphäre nicht gefördert wird.“

Und für diesen angeblichen parlamentarischen Frieden war man bereit, einige Zugeständnisse zu machen. Die SDAP-Abgeordneten stimmten für das Budgetprovisorium der Regierung und enthielten sich bei der Wahl des Bundespräsidenten der Stimme, womit sie die Wahl von Wilhelm Miklas, einem Christlichsozialen, ermöglichten.

Aber es half alles nichts. Im Februar 1929 marschierte die Heimwehr erstmals in Wien auf, und zwar im Arbeiterbezirk Meidling. Wie nicht anders zu erwarten, ging die Sozialdemokratie einer direkten Konfrontation

wieder aus dem Weg. Anstatt vor Ort den Heimwehren zu zeigen, dass sie in Meidling nichts verloren hatten, zog es die Parteispitze vor, den Schutzbund auf der Ringstraße aufmarschieren zu lassen. So wurden Meidlings Straßen den Faschisten überlassen.

Die Heimwehren gingen in die Offensive – in Knittelfeld, in Kapfenberg, in Baden, in Graz-Andritz. Gleichzeitig wurde der Widerstand gegen den faschistischen Aufstieg härter. Dazu kamen die häufiger werdenden Lohnstreiks.

Vor diesem Hintergrund erklärte im April 1929 Kanzler Seipel plötzlich seinen Rücktritt. Laut eigenen Worten wolle er den Weg frei machen, damit die politischen Parteien die Zukunft in einer Weise sicherten, die unter seiner Führung nicht mehr möglich wäre. Seipel übergab die Regierungsgeschäfte an den Vertreter der Industriellenvereinigung Streeruwitz, von einem politischen Paradigmenwechsel konnte dabei keine Rede sein. Eher handelte es sich um ein taktisches Manöver der Bürgerlichen. Offensichtlich herrschte die Befürchtung vor, Seipel würde nicht mehr in genügendem Maße für ein geeintes bürgerliches Lager sorgen können, da immer größere Teile des Kleinbürgertums durch die wachsende politische und soziale Instabilität beunruhigt waren. Die Sozialdemokratie verkannte auch diesen Schritt. Karl Renner wollte im Rücktritt Seipels einen „politischen Wendepunkt“ erkennen. Die Heimwehr agierte aber ungebremst weiter. Geändert hatte sich nur, dass die Regierung jetzt verstärkt die Sozialdemokratie zur Umsetzung wichtiger Forderungen im Parlament einzubinden versuchte. Nun wurde u.a. das Mietengesetz mit den Stimmen der Sozialdemokratie geändert, was zu einer durchschnittlichen Verdreifachung der Mieten und zu einer Verschlechterung des Mieterschutzes führte.

Dass sich an der Strategie der Bürgerlichen nichts geändert hatte, zeigte die neue Welle rechter Gewalt ab Mitte 1929. Im obersteirischen St.Lorenzen attackierten 2.000 Heimwehrlere eine sozialdemokratische Kundgebung mit Koloman Wallisch als Hauptredner, dabei starben 3 Arbeiter im Kugelhagel. Spontan kam es noch am gleichen Tag zu Protestdemonstrationen in Graz, Bruck/Mur und Knittelfeld, am darauf folgenden Tag zu Streiks in der ganzen Steiermark und in Wien. Statt dem geforderten Generalstreik gab es aber wieder nur Appelle, „Disziplin“ zu bewahren und den Schutzbund zu stärken. Gegenwehr wollte die Parteiführung nicht organisieren.

Neue Verfassung...

Unter der Führung von Seipel wagten sich die Heimwehren weiter vor. Sie forderten nun immer vehementer eine neue Verfassung nach dem Beispiel des faschistischen Italien. Für diese härtere Gangart brauchte es einen neuen starken Mann an der Spitze der Regierung. Seipel zwang in Zusammenarbeit mit dem Heimwehrlereführer Papst Kanzler Streeruwitz zum Rücktritt und

hob den Wiener Polizeipräsidenten Schober in das höchste Regierungsamt. Sein Vize wurde Herr Vau-goin, der zuvor das Bundesheer politisch gesäubert und in ein stabiles Instrument der Reaktion verwandelt hatte.

Schober zeichnete für das Gemetzel vom 15. Juli 1927 verantwortlich und war in der Arbeiterschaft dementsprechend verhasst. Die sozialdemokratische Parteispitze versicherte Schober trotz allem die Kooperation im Parlament. Von den Bürgerlichen erntete sie für diese Unterwürfigkeit zurecht Spott und Hohn. So kommentierte die „Reichspost“, dass die Sozialdemokratie das Kabinett Schober „als Retter begrüßen muss, (...) dass sie vor dem, was sie so lange besudelt und bespion hat, heute knien muss.“

Schober wurde als Repräsentant des bürgerlichen Staatsapparates gesehen. Im Bürgertum erhoffte man sich von ihm Stabilität. Mit legalen Mitteln sollte er bei prinzipieller Beibehaltung des politischen Kurses die außerparlamentarische faschistische Bewegung einbremsen und einen offenen Bürgerkrieg vermeiden. Dadurch sollte wieder das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Österreich aufgebaut und der einsetzenden Kapitalflucht ein Ende gesetzt werden.

Schober konnte jedoch die in ihn gesetzten Erwartungen unmöglich erfüllen. Sein Regierungsantritt fällt zusammen mit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise, die als Große Depression in die Annalen einging. Erstes Anzeichen in Österreich war der Zusammenbruch der einstigen k.u.k. Hofbank, der Bodenkreditanstalt, die damals die wichtigste Großbank des Landes war. 150 Industrieunternehmen standen unter der Kontrolle der Bodenkreditanstalt, dementsprechend weitreichend waren die Folgen dieser Bankenkrise.

Die Regierung suchte nach einem Ausweg aus der Krise und pumpte 100 Mio. Schilling zur Deckung des Defizits in dieses Sanierungsprojekt. Außerdem übte sie Druck auf die Creditanstalt aus, damit diese die angeschlagene Bodenkreditanstalt übernehmen sollte. Dieser Bissen sollte sich für die Creditanstalt jedoch als unverdaulich erweisen. Diese „Lösung“ bereite nur eine noch viel größere Krise im Jahr 1931 vor.

Das Meisterstück der Regierung Schober sollte aber die von den Heimwehren angestrebte Verfassungsreform werden. Die Ziele waren klar vorgegeben: Einschränkung der demokratischen Grundrechte und Schaffung der Grundlage für ein Notverordnungsregime.

Die erste Reaktion der Sozialdemokratie ließ an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Diese neue Verfassung würde man NIEMALS akzeptieren. Otto Bauer drohte sogar damit, dass sich „das Land, wenn die Regierenden selbst den Rechtsboden zerstören, im Zustand der Revolution befindet“. Bauer zeigte in dieser zitierten Rede vor dem Parteitag große Einsicht in die Dynamik dieser Zeit: „Es gäbe ja nichts Gefährlicheres für die ganze Zukunft der Sozialdemokratie, als wenn jemals die Gegner glauben könnten, dass es möglich wäre, dass Sozialdemokraten unter dem Drucke von Drohungen wider ihre Überzeugung stimmten, irgend

etwas unter dem Drucke von Drohungen mit Staatsstreich, mit Verfassungsbruch zugestehen könnten. Wenn die Gegner das einmal glauben würden, dann wären wir auf der schiefen Ebene, dann würde es dabei nicht bleiben, sondern dann würden sich die Drohungen immer mehr verstärken, um uns immer mehr abzupressen. Das wäre der größte Triumph, die größte Stärkung des Faschismus, das würde dann den Kampf um das Ganze erst recht herbeiführen, nur unter viel ungünstigeren Bedingungen.“

Wie recht der Cheftheoretiker des Austromarxismus hatte. Aber die Praxis sah auch hier ganz anders aus. Während man gegenüber der eigenen Basis radikale Töne spuckte, verfolgte man im Hintergrund eine völlig anders gelagerte Taktik. Längst liefen hinter den Kulissen schon Geheimverhandlungen mit der Regierung, um bei der neuen Verfassung zumindest partiell mitbestimmen zu können. Die Sozialdemokratie war auf dem besten Wege, sich selbst auf die von Bauer genannte „schiefe Ebene“ zu manövrieren.

Als die Parteispitze den mit Schober ausverhandelten Kompromiss der Reichskonferenz vorlegte, stieß dieser auf heftigen Widerstand. Der Steirer Machold machte sich zum Sprachrohr der Opposition und stellte einen entsprechenden Antrag, der sich gegen das Notverordnungsregime und gegen die in der neuen Verfassung vorgesehene Benachteiligung der Stadt Wien aussprach. Außerdem forderte er die Möglichkeit, Gesetzesbeschlüsse mit einem Drittel der Abgeordneten einer Volksabstimmung zu unterziehen. Doch die Parteispitze verhinderte ganz einfach, dass dieser Antrag zur Abstimmung gebracht wurde.

Als die Verfassung im Dezember 1929 vom Parlament verabschiedet wurde, sprach Bauer von einem großen Erfolg, weil dem ursprünglichen Entwurf die Giftzähne gezogen worden wären. Aber klar war die Richtung hin zu einem Notverordnungsregime. Die neue Verfassung gab dem Bundespräsidenten ausdrücklich die Macht in die Hand, das Notverordnungsrecht auszuüben. Alle Verfassungsjuristen jener Zeit waren sich einig, dass diese Verfassung einen wichtigen Schritt zu einer autoritären Ständeverfassung darstellte.

...und Kampf gegen den Terror

Das Jahr 1930 stand ganz im Zeichen einer neuen faschistischen Terrorwelle. Von einer nachhaltigen Niederlage des Faschismus im Zuge der Verfassungsreform konnte keine Rede sein. Otto Bauers Perspektive entpuppte sich schon bald als bloßer Wunschtraum. Und in der Politik kann Realitätsverweigerung gefährliche Ausmaße annehmen. In Graz-Eggenberg kam es zu einem Feuerüberfall durch die Heimwehr, in Neunkirchen wurde ein Arbeiter von Heimwehrlern ermordet, auf Koloman Wallisch wurde ein Attentat verübt, auf den Universitäten kam es regelmäßig zu faschistischen Übergriffen und in den Betrieben der Alpine Montan wurde der Betriebsfaschismus immer stärker.

Keinen Zweifel an den Zielen der Heimwehren konnte man nach deren Tagung in Korneuburg am 18. Mai 1930 haben. Dort legten die Heimwehrführer einen Schwur auf ihr faschistisches Programm, den sogenannten „Korneuburger Eid“, ab: „Wir wollen Österreich von Grund auf erneuern. Wir wollen den Volksstaat der Heimwehren. Wir verwerfen den westlich-demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat. Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteienvertretern, sondern aus den führenden Vertretern der großen Stände und den fähigsten und gelehrtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird... Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der neuen deutschen Staatsgesinnung; er sei bereit, Gut und Blut einzusetzen; er kenne die drei Gewalten: den Gottesglauben, seinen eigenen harten Willen, das Wort seiner Führer.“ Amen!

In der Zwischenzeit zog die Regierung gegen den sogenannten „Terrorismus“ zu Felde. Dieses „Anti-Terror-Gesetz“ war in Wirklichkeit ein implizites Streikverbot, und der „Nötigungsparagraph“ kriminalisierte den Widerstand gegen die Einstellung von Faschisten in den Betrieben. Weiters wurden das Kollektivvertragsrecht der Gewerkschaften massiv eingeschränkt und das automatische Abziehen der Gewerkschaftsbeiträge durch die Lohnbüros verboten. Dieses Gesetz war ein eindeutiger politisch motivierter Schlag gegen die Freien Gewerkschaften. Mit Ausnahme einiger Artikel und Resolutionen blieb aber auch in dieser für die ArbeiterInnenbewegung zentralen Frage Widerstand aus.

Schobers Versuche, der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken, kosteten ihm im September 1930 den Kopf. Für internationale Kredite sollte er im Gegenzug für eine stabile Entwicklung, einschließlich der Abrüstung

der ArbeiterInnenbewegung und des Faschismus sorgen. Als er sich weigerte, den Heimwehrraschisten Dr. Straffella als neuen Generaldirektor der Bundesbahnen zu bestellen, wurde er zum Rücktritt gezwungen. Straffella sollte eine Schlüsselrolle in der Taktik des Bürgerturns spielen: Durch eine Reform der Personalpolitik sollte die Gewerkschaft der Eisenbahner nachhaltig geschwächt werden, um so einen für die Bürgerlichen gefährlichen Verkehrsstreik im vorne herein zu verunmöglichen. Straffella, der schon in Graz die Freien Gewerkschaften bei den Straßenbahnern zerschlagen hatte, sollte nun die Rechte der Personalvertretung der Eisenbahner beseitigen. Diesen Mann ließen sich die Faschisten von niemandem nehmen.

Obwohl die SDAP bei den Wahlen im November 1930 stärkste Partei wurde, war die Regierung weiterhin in der Hand bürgerlicher Parteien.

Die Wahlerfolge von 1928 und 1930 und die weiterhin wachsenden Mitgliederzahlen auf über 712.000 im Jahr 1928 übertünchten die wahre Lage der Sozialdemokratie. Selbst Otto Bauer musste 1929 am Parteitag eingestehen, dass „in demselben Maße, in dem unsere geistige Macht innerhalb des deutschösterreichischen Volkes gewachsen ist, in demselben Maße haben sich die physischen Gewaltverhältnisse zugunsten unserer Gegner verschoben.“

Die Große Depression

Die internationale Wirtschaftskrise erfasste jetzt in vollem Maße Österreich. Zwischen 1929 und 1933 war das Bruttoinlandsprodukt um 22,5% gefallen, die Industrieproduktion ging sogar um 38% zurück. Die Exportwirtschaft kam durch den ausufernden Protektionismus und den Zusammenbruch des internationa-



ArbeiterInnen in einer öffentlichen Einrichtung, umgeben von einem 'RAUCHEN VERBOTEN' Schild.

len Währungssystems fast völlig zum Erliegen. Besonders hart betroffen waren die Produktionsmittelindustrie (Metallindustrie) und das Baugewerbe, wo die Investitionen stark zurückgingen.

Die oben genannten Zahlen zeigen die Folgen der Weltwirtschaftskrise für Österreich aber nur unzureichend. Diese Krise war nur der Endpunkt einer Reihe von ökonomischen Rückschlägen seit dem Zusammenbruch der Donaumonarchie. Das Habsburger-Reich war ein riesiges, historisch gewachsenes Wirtschaftsgebiet mit einem hohen Grad an Arbeitsteilung. Das heutige Österreich gehörte zu den Industriegebieten der Monarchie und war somit von Rohstoff- und Nahrungsmittellieferungen aus anderen Regionen abhängig. Die Grenzziehung nach 1918 trennte die Rohstoffvorkommen von der Industrie. Der österreichischen Industrie fehlte es mit einem Schlag an Zulieferern und an Märkten, die durch protektionistische Maßnahmen verschlossen blieben.

Die österreichische Wirtschaft war also durch große Strukturprobleme gekennzeichnet. Ressourcen mussten frei gemacht werden für die Entwicklung der inländischen Landwirtschaft, die Erschließung von heimischen Energiequellen (v.a. Wasserkraft) und die Umstellung der Industrie auf die Verarbeitung heimischer Rohstoffe. Diese Ressourcen frei zu machen, konnte nur gelingen, wenn man den aus den Zeiten der Monarchie stammenden Beamtenapparat dezimierte und die ArbeiterInnenklasse frontal attackierte. Dringend benötigt wurden zusätzlich Kredite, welche nur aus dem Ausland kommen konnten. Im Gegenzug musste Österreich eine Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgen, die völlig den Dogmen orthodoxer bürgerli-

cher Ökonomie gehorchte: Nulldefizit, Abbau von Dienststellen im öffentlichen Dienst und Sozialabbau. Das war schon die Quintessenz der sogenannten „Genser Sanierung“ gewesen. Als diese umgesetzt wurde, flossen die benötigten Kredite. Diese waren jedoch größtenteils nur kurzfristig und zu einem hohen Zinssatz vergeben worden und legten damit die Grundlage für eine neuerliche Krise. Die hohen Zinsen bremsten die Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft, da sie die Produktion „auf das schwerste“ belasteten und den „Hauptgrund für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie im Ausland“ bildeten, so der damalige Handelsminister Schürff. Da die herrschende Klasse aber ihren über Jahrhunderte geübten Machtanspruch auf den gesamten Donauraum auch nach dem Zusammenbruch der Monarchie unbedingt aufrecht erhalten wollte und dafür enorme Kapitalsummen benötigte, musste sie diesen Kurs beibehalten. Mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise entpuppte sich diese Wirtschaftspolitik des österreichischen Mächtegerne-Imperialismus als Katastrophe. Österreich war in einer Deflationsspirale gefangen, was zum Ruin großer Teile der Industrie führte. In kaum einem anderen Land waren daher die Folgen der Weltwirtschaftskrise so drückend wie in Österreich.

Diese Krise lieferte einen wesentlichen Beitrag zur völligen Destabilisierung der Ersten Republik. Das labile Gleichgewicht zwischen den Klassen und politischen Parteien, das die 1920er Jahre geprägt hatte, geriet nun völlig aus den Fugen. Die Zentren einer modernen kapitalistischen Gesellschaft (Banken, Industriekonzerne) wurden durch diese Krise schwer erschüttert, große Teile der Bevölkerung, allen voran die ArbeiterInnen-



klasse, standen vor der Verelendung.

Das System der bürgerlichen Demokratie erodierte unter diesen Bedingungen weiter. Das entstandene Machtvakuum wurde nun von einem Bündnis aus Teilen der staatlichen Bürokratie, dem vorwiegend aristokratischen Großgrundbesitz, der eine Schlüsselrolle in der faschistischen Heimwehrebewegung inne hatte, und der katholischen Kirchenhierarchie gefüllt, die das Rad der Zeit zurückzudrehen versuchte.

Die Wirtschaftskrise spiegelte sich in einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit wider. In allen wichtigen Bereichen der Industrie und des Bergbaus kam es zu Massenentlassungen. Mehr als ein Drittel der Arbeiterschaft war nicht mehr in den Produktionsprozess eingegliedert. Ein Großteil der Arbeitslosen war „ausgesteuert“ und verarmte ohne soziale Absicherung während der Arbeitslosigkeit. Bei den IndustriearbeiterInnen war die Lage noch schlimmer. 1934 waren ganze 44,5 Prozent ohne Arbeit, 30 Prozent derer, die noch Arbeit hatten, waren von Kurzarbeit betroffen. Ehemals florierende Industrieregionen lagen brach, mit weitreichenden Folgen für die dortigen BewohnerInnen. Das Beispiel der kleinen Industriegemeinde Marienthal in Niederösterreich steht bis heute stellvertretend für die soziale Katastrophe durch die Massen- und Dauerarbeitslosigkeit.

Das Bürgertum nutzte diese ökonomische Krise und griff die Rechte der ArbeiterInnenklasse an. Im Schussfeld standen allen voran die im europäischen Vergleich ohnedies schon sehr niedrigen Löhne. Das System der Kollektivverträge sollte endgültig aufgebrochen werden. Damit wollte man Bedingungen schaffen, um die Arbeiterschaft in einem Betrieb nach dem anderen in die Knie zu zwingen und betriebsübergreifenden Widerstand zu verunmöglichen. Vorreiter war einmal mehr die Alpine Montan, wo die Unternehmensleitung eine 20prozentige Lohnsenkung verlangte. In einigen Betrieben der Schuh- und Textilindustrie (in Wien, in Möllersdorf oder in Pottendorf) gab es dagegen erfolgreiche Streiks. In der Regel blieb jedoch wirklicher gewerkschaftlicher Widerstand gegen diese Politik aus. Zu sehr hatten die Spitzen der Freien Gewerkschaften die Logik der eigenen herrschenden Klasse, man müsse den Wirtschaftsstandort Österreich wieder wettbewerbsfähig machen, akzeptiert.

Am 8. Mai 1931 erreichte die Krise mit dem Zusammenbruch der Creditanstalt eine neue Qualität. Die Sanierung der Creditanstalt wurde auf Kosten der SteuerzahlerInnen betrieben und benötigte 1,5 Mrd. Schilling – mehr als die Hälfte eines Jahresbudgets des österreichischen Staates. Um die nötigen Kredite zu bekommen, musste sich die Regierung damit einverstanden erklären, ein hartes Lohnkürzungsprogramm bei Beamten und Eisenbahnern und tiefe Einschnitte im Sozial- und Arbeitslosenversicherungssystem umzusetzen. Dieses Programm wurde übrigens von der Sozialdemokratie voll unterstützt. In Zeiten der Not verhielt sich die SDAP-Spitze wieder als loyale Opposition. Am Parteitag 1931 meinte Otto Bauer zwar noch

vollmundig, dass es nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sei, „die Geschäfte des zusammenbrechenden Kapitalismus mitzuadministrieren“. In der Praxis war von dieser radikalen Position aber nicht mehr viel zu merken. Mit Ausnahme des ersten Sanierungsgesetzes, das ein reines Geschenk an die Aktionäre darstellte, unterstützte man sonst das gesamte Sanierungsprogramm im Parlament. Denn, so Bauer, die Ablehnung dieser Maßnahmen hätten für die Arbeiterschaft eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes zur Folge gehabt.

Otto Bauer versuchte diese Politik natürlich auch theoretisch zu rechtfertigen: „Die Creditanstalt wird heute nicht mehr von den Vertretern des Herrn Rothschild verwaltet, sondern von den Vertretern des Staates. Das verstehen wir unter ‚Stürzen des Kapitalismus‘.“

Laut Bauer hatte diese Form staatskapitalistischer Politik den Übergang zum Sozialismus bereits eingeläutet. Eine gefährliche Fehleinschätzung, wie sich schon bald herausstellen sollte.

Bauer und Knecht

Am 12. September 1931 erschütterte ein Putschversuch unter der Führung des steirischen Heimwehrführers Pfrimer das Land. Wo immer sich die Heimwehren Pfrimers Aufruf zur „Retting der Nation“ anschlossen, stießen sie seitens des Staatsapparates auf keinerlei Widerstand. Ausgehend von den Industriestädten der Obersteiermark formierte sich aber in der ArbeiterInnenbewegung der Widerstand gegen den Pfrimer-Putsch. Die Kraft dieser Bewegung ließ dieses faschistische Abenteuer schnell in sich zusammenbrechen. Spätestens mit dem Freispruch Pfrimers vor Gericht musste allen klar sein, auf welcher Seite der bürgerliche Staat stand. Dies war ein erneuter Affront gegen die ArbeiterInnenbewegung. Trotzdem beließ es die Sozialdemokratie mit einem Appell, auch angesichts dieser Provokation „Besonnenheit zu bewahren“.

1932 wurde der ehemalige Priesterseminarist und Sekretär der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer Engelbert Dollfuß neuer Kanzler. Dollfuß präsentierte sich als kompromissloser Krisenmanager. Sein Konzept einer Krisenlösung war durch eine reaktionäre, rückwärtsgewandte Ideologie geprägt. Sein Weltbild war das einer typisch katholischen Vorstellung von einer harmonischen Gesellschaft ohne Klassenkampf und Parteienzwist, in der die angeblich gottgewollte Teilung in Reich und Arm, Oben und Unten hin genommen wird. In seinen Reden bemüht Dollfuß immer wieder das Bild von Bauer und Knecht, die den ganzen Tag gemeinsam hart arbeiten, am Abend gemeinsam aus einer Schüssel das karge Mahl teilen und im Gebet ihre Dankbarkeit gegenüber den Gaben des Herrgott zeigen. Der Ständestaat als eine Art göttlicher Ordnung. Selbst die reformistische ArbeiterInnenbewegung mit ihrer Ausrichtung auf die bürgerliche Demokratie war mit diesem Weltbild nicht kompatibel.

Unter den Bedingungen der kapitalistischen Krise waren die moderatesten Forderungen nach sozialen und demokratischen Reformen eine Gefahr für das herrschende System.

Die Krise führte im bürgerlichen Lager zu einem Differenzierungsprozess, der immer größere Schichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft in die Hände des Faschismus trieb. In diese Zeit fällt der Aufstieg des Nationalsozialismus, der aus Deutschland Rückenwind bekam. Zusehends wandten sich auch bedeutende Teile der großdeutschen, antimonarchistischen Intellektuellen den Braunen zu.

Es begannen blutige Überfälle der Nazis auf Arbeiterheime. So brutal die Nationalsozialisten auch vorgingen, immer wieder konnten sie sich der Unterstützung durch die Polizei sicher sein. Als Reaktion auf diese Entwicklung verhängte die Regierung ein Demonstrationsverbot für oppositionelle Parteien, eine Maßnahme, die in erster Linie gegen die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung gerichtet war.

Das Notverordnungsregime Dollfuß

Das Ziel war längst klar: Die Befreiung der österreichischen Gesellschaft von den Fesseln des Parlamentarismus und somit vom Einfluss der Sozialdemokratie. Im März 1933 sah die Regierung Dollfuß eine Gelegenheit zur Umsetzung dieses Plans. Anlassfall sollte der Streik der Eisenbahner gegen ein neues Gehaltsschema und Lohnkürzungen sein. Rund um die Debatte zu diesem zentralen Arbeitskampf während der Nationalratssitzung am 4. März 1933 kommt es nach dem Rücktritt der drei Nationalratspräsidenten zu einer Geschäftsordnungskrise, die Dollfuß in der Folge als Vorwand zur Auflösung des demokratisch gewählten Parlaments nutzte.

Aufgrund der merklichen Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses nach rechts sah die Regierung in der Parlamentskrise den richtigen Zeitpunkt, um mit dem aus Sicht der Bürgerlichen längst notwendigen Krisenmanagement zu beginnen. Alles was dem Bild einer von Gott eingerichteten Gesellschaftsordnung widersprach, sollte nun im Eilzugtempo ausradiert werden. Das Instrumentarium dazu fand man im Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz (KWEG) aus dem Jahre 1917. In der Phase vom 7.3.1933 bis zum 30.4.1934 wurden von der Regierung dann auch nicht weniger als 471(!) Notverordnungen aufgrund des KWEG erlassen.

Das bürgerliche Lager hatte sich schon lange genug nach einer Regierung gesehnt, die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit zu demonstrieren imstande war. Da das in der Verfassung von 1929 festgelegte Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten nicht den nötigen Spielraum versprach und Bundespräsident Miklas angesichts der großen Aufgaben zu zögerlich auftrat,

sah die Regierung den einzigen Ausweg in der Anwendung des KWEG. Verordnungen nach dem KWEG mussten, so die Auslegung der Verfassungsjuristen, "zur Förderung und Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens, zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen und zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsgegenständen" dienen. Die Regierung war bereit, diesen Gummiparagrafen bis auf das Äußerste zu dehnen. Um nicht in den Verdacht zu kommen, man würde die Verfassung brechen, würde es reichen, so der regierungstreue Jurist Robert Hecht, "wenn die getroffenen Maßnahmen lediglich in einem mittelbaren – allenfalls nur durch die Vorsorge für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit hergestellten – Zusammenhang zur Wirtschaft stehen."

Mit der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 war die Regierung durchaus bereit, die Verfassung zu brechen. Mit dem Argument, Österreich wäre durch den Wahlsieg der Nationalsozialisten in Deutschland am 5. März 1933 zu außerordentlichen Abwehrmaßnahmen gezwungen, wurde nun eine Vorzensur der Presse auf Grundlage des KWEG erlassen. Das war ein klarer Verstoß gegen die Verfassungsbestimmungen. Mit einer Absage an "politische Hetzereien, Intrigen und Verleumdungen" und einem Appell an die Einsicht in "eine gemeinsame Arbeit in gemeinsamer Not zu gemeinsamen Wiederaufstieg" wies Dollfuß nun den Weg zu einem autoritären Regime. Der radikale Flügel in der Regierung hatte sich durchgesetzt.

Als nächster Schritt wurde das Versammlungsrecht eingeschränkt und sofort gegen die ArbeiterInnenbewegung eingesetzt. Als man am 15. März mittels Polizeieinsatz das Zusammentreten des Nationalrates verhinderte, war der Staatsstreich abgeschlossen. Die Sozialdemokratie war in diesem Konflikt um das Parlament abermals zurückgewichen. Ihre Politik der Sozialdemokratie waren nur zaghafte Versuche von Widerstandes. Je passiver sie sich verhielt, desto mehr Auftrieb bekamen die radikalsten Teile des bürgerlichen Lagers.

Im fernen Prinkipo charakterisierte Leo Trotzki in einem Brief vom 19. März diese Politik: "Die passiv-drohende, abwartend sich sträubende Politik der österreichischen Sozialdemokratie ist nichts anderes als die Vorbereitung der faschistischen Herrschaft. Darin besteht ja vom kapitalistischen Standpunkt aus die Existenzberechtigung der faschistischen Diktatur, daß die Arbeiterklasse den in die geschichtliche Sackgasse geratenen Kapitalismus durch ihre Opposition noch mehr schwächt, zermürbt, paralyisiert, aber sich selber als unfähig erweist, sich der Gewalt zu bemächtigen und dem Volke aus Chaos und Fäulnis einen Ausweg zu eröffnen. Durch ewige Opposition, die unter den jetzigen Verhältnissen wie Sabotage aussieht, provoziert man den Klassenfeind und treibt ihm immer neue Schichten und Gruppen zu. Durch revolutionäre Abstinenz verleiht man ihm Mut zum endgültigen Ent-

schluß: Biegen oder brechen. Das ist die heutige Lage in Österreich. Sie kann höchstens Monate dauern. Dann wird die Herrlichkeit herausgefegt und Otto Bauer wird irgendwo in Paris oder in London in Zeitungsartikeln beweisen, daß Österreich unter dem Kanzler Renner doch besser war als Österreich unter den Faschisten. Und das alles wird als Verteidigung der Demokratie ausgegeben!"

Ende März wurde auch noch der Schutzbund widerstandslos aufgelöst. Sozialdemokratischer Protest nahm vor allem die Form von Klagen der "roten" Wiener Landesregierung beim Verfassungsgerichtshof gegen einzelne Verordnungen an. Das Regime mit dem bürgerlichen Lage geeint im Rücken, fühlte sich mittlerweile aber so sicher, dass sie als nächsten Schritt

Zustände wurden die Heimwehren mit der Einrichtung der Freiwilligen Assistenzkörper und des Freiwilligen Schutzkorps in den bürgerlichen Staatsapparat integriert.

Im Frühsommer 1933 erreichte diese Praxis des Regierens auf der Grundlage von Notverordnungen ihren Höhepunkt. In dieser Phase wurde aber nicht nur die NSDAP, sondern am 26. Mai auch die Kommunistische Partei, die schon seit Jahren Opfer staatlicher Repression war, verboten. Sämtliche gesellschaftliche Bereiche, einschließlich der "Sittlichkeit", sollten durch diese neue Form der Machtausübung umgestaltet werden.

Es besteht kein Zweifel, in wessen Interesse dieses Notverordnungsregime agierte. Das Ziel formulierte



sogar an die Lahmlegung des Verfassungsgerichtshofes ging, indem sie ihre eigenen Parteigänger unter den Verfassungsrichtern zum Rücktritt bewegte.

Die Regierung ging dann gegen das letzte Mittel vor, mit dem die Sozialdemokratie noch agieren konnte - ihre Presse. Die Versandgebühren für Zeitungen wurden verdoppelt, amtliche Mitteilungen mussten an hervorragender Stelle abgedruckt werden, die Verbreitung von Flugblättern von Haus zu Haus oder von Druckwerken an öffentlichen Orten wurde verboten. Zeitungen, die das Privateigentum herabwürdigten, drohte man mit einer Vertriebsbeschränkung. Dieses Gesetz richtete sich eindeutig gegen die Arbeiterpresse.

In militärischer Vorbereitung auf bürgerkriegsähnliche

Handelsminister Stockinger, selbst Kaufmann, im Rahmen des Katholikentages am 8.9.1933: "Die Festigung des Mittelstandes ist untrennbar mit dem gegenwärtigen Regierungskurs verknüpft."

Vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise sollte das Kleinbürgertum geschützt werden. Einige wenige der Notverordnungen richteten sich auch gegen das Großkapital. Die Mehrzahl der Regierungsmaßnahmen waren aber darauf ausgerichtet, die ArbeiterInnen und kleinen Angestellten abzuwälzen. Stockinger meinte dazu: "Ich weiß auch aus eigener Erfahrung, wie schwer das soziale Lastengepäck auf allen selbständigen Existenzen wuchtet. Das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist in hohem Grade revisionsbedürftig.. Daß ein neuer Wind zu wehen

beginnt, haben sie ja bereits aus der neuen Überstundenverordnung und dem Feiertagsgesetz gesehen.“

Hier ein kurzer, aber aussagekräftiger Auszug aus der Liste der Notverordnungen aus dem Jahre 1933:

- Die Ausnahmeverordnungen zum Achtstundentagsgesetz für weibliche und jugendliche Arbeitskräfte wurden abgeändert. Die 44-Stunden-Woche sowie der Arbeitsschluss am Samstag um 12 Uhr mittags wurden praktisch aufgehoben.

- Es gab für verschiedenste Industriezweige und Gewerbe Ausnahmeregelungen von der Arbeitsruhe an Feiertagen. Die Unternehmer konnten nun ihre Beschäftigten zur unbezahlten Einarbeitung der durch Feiertage verlorengegangenen Arbeitszeit anhalten.

- Der gesetzliche Überstundenzuschlag wurde von 50 auf 25 Prozent gekürzt.

Mit Hilfe von Notverordnungen sollte die Arbeiterschaft einen besonderen Anteil an der Sanierung diverser Unternehmen sowie des Staatshaushaltes erbringen. Dies betraf die Arbeiter und Angestellten bei den:

- Bundesbahnen (die Eisenbahner wurden sogar durch vier verschiedene Verordnungen getroffen!), Privatbahnen, öffentlich-rechtliche Körperschaften, bei der Sozialversicherung, bei den an öffentlichen Bauvorhaben Beschäftigten

Streiks. Die Definition, was unter einem politischen Streik zu verstehen wäre, fällt eine Kommission im Bundesministerium für soziale Verwaltung.

Die Strategie der Regierung war darauf ausgerichtet, alle Bastionen, von denen die Sozialdemokratie aus agieren konnte, Schritt für Schritt auszuhöhlen. Und die österreichische Sozialdemokratie stand und fiel mit ihrem Erfolg in Wien. Denn was sie im Roten Wien leistete, reichte aus, um sich in den Augen der ArbeiterInnenklasse als politische Alternative und somit als Massenpartei zu halten. Die Regierung versuchte deshalb, die Gemeinde Wien finanziell auszuhungern, um so den sozialdemokratischen Einfluss in der Hauptstadt zu brechen. Mit Hilfe des KWEG sollte in der Folge der Wiener Gemeinderat aufgelöst und ein Bundeskommissär zur „einstweiligen Besorgung der Geschäfte beauftragt“ werden.

Marionette Mussolinis

Im August 1933 besuchte Kanzler Dollfuß im italienischen Riccione Benito Mussolini, wobei bei diesem Treffen die weiteren Schritte Gang Richtung Faschis-

„Die Regierung hält unerschütterlich an ihrem dahin gehenden Ziele fest, die marxistische Mentalität, marxistische Formen und Organisationen zu überwinden und diese durch einen über den Klassen stehenden Staatspatriotismus und durch berufsständischen Aufbau unter weitgehender Ingredienz einer mit starker Autorität ausgestatteten Regierung zu ersetzen.

(...)

Eine höchst anerkannte Unterstützung bei der Erweckung auf Festigung heimat-treuer Gesinnung in der Bevölkerung finde ich bei den Heimwehren und ihren Führern. Mein Verhältnis zu diesen ist, wie Eurer Exzellenz bereits aus meinen mündlichen Darlegungen bekannt, ein ausgezeichnetes, und ich freue mich, sagen zu können, dass meine Absichten bei den Exponenten dieser Bewegung vollem Einverständnis und loyaler Unterstützung begegnen.“

Dollfuß an Mussolini, 27. Juli 1933

sowie die Bediensteten der Industriellen Bezirkskommissionen und Arbeitslosenämter.

Massiven Angriffen waren auch die Arbeitslosen ausgesetzt. Ihre Bezüge wurden gekürzt und die Unterstützung wurde nur noch höchstens 20 Wochen lang ausbezahlt (vorher 30 Wochen). Insgesamt gingen die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und die Altersfürsorge 1933 im Vergleich zum Jahr davor um ganze 5 Millionen Schilling zurück, obwohl es mehr Unterstützungsempfänger gab.

Um Widerstand gegen diese Maßnahmen zu erschweren, war schon am 21.4.1933 ein Streikverbot erlassen worden. Dieses Gesetz richtete sich gegen politische

mus geplant wurden. Systematisch sollten die letzten Reste bürgerlicher Demokratie beseitigt und die ArbeiterInnenbewegung endgültig zerschlagen werden.

Die im Mai gegründete Vaterländische Front sollte zur einzigen politischen Organisation in Österreich werden, der auch die Gewerkschaften eingegliedert werden sollten.

Zurück in Österreich verkündete Dollfuß auf dem Katholikentag im September, dass die Zeit der „liberalen kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der marxistischen Volksführung vorbei“ ist. „Die Vaterländische Front“, so Dollfuß, „will den sozialen, christli-

chen, deutschen Staat auf ständischer Grundlage und unter autoritärer Führung“.

Die Heimwehren forderten ihn immer offener dazu auf, mit „den Bolschewiken im Wiener Rathaus“ Schluss zu machen.

Die Antwort der Sozialdemokratie – Hand in Hand mit den Freien Gewerkschaften – war nicht überraschend. Anstatt eines Aktionsplans zur Verhinderung der faschistischen Machtübernahme wurden lediglich vier Punkte beschlossen, unter welchen Bedingungen die ArbeiterInnen den Kampf aufnehmen sollten:

1. Bei Auflösung der Partei.
2. Bei Auflösung der Gewerkschaften oder bei Einsetzung eines Regierungskommissärs für die Gewerkschaften.
3. Bei der Besetzung des Rathauses
4. Bei der gewaltsamen Aufzwingung einer faschistischen Verfassung.

Diese vier Punkte waren aber ein völlig ungeeignetes Mittel zur Abwehr des Faschismus. Die Angriffe der Faschisten auf die ArbeiterInnenbewegung gingen täglich und ungebremst weiter. Wien wurde per Notverordnung finanziell ausgehungert, was eine Fortsetzung des großen sozialen Reformprojekts in der Bundeshauptstadt unmöglich machte. Demokratische Rechte wurden Schritt für Schritt beseitigt und die Todesstrafe wurde wieder eingeführt. Die Arbeiter-Zeitung durfte nicht mehr durch Kolportage verbreitet werden, die Bundesbahnen wurden unter die Leitung der Vaterländischen Front gestellt, in den öffentlichen Betrieben wurden die Betriebsräte aufgelöst, die Arbeiterkammern unter kommissarische Verwaltung gestellt...

Da aber die vier Bedingungen noch nicht eingetreten waren, sollte nicht zum Widerstand aufgerufen werden.

In dieser Situation hätte man bei jedem Angriff eine entschiedene Gegenwehr organisieren müssen. Nur durch permanente Mobilisierung in den Betrieben, auf den Straßen hätte man die ArbeiterInnenbewegung widerstandsfähig halten und die nötige Kraft zur Zurückschlagung des Faschismus sammeln können. So hätte der von der Parteiführung so oft angekündigte Generalstreik vorbereitet werden müssen. Wo die Arbeiterschaft selbst die Initiative ergriff und streikte, um den Faschisten entgegenzutreten, versuchte die Parteispitze alles, um die Lage wieder schnell unter Kontrolle zu bekommen. So passierte es während der Streiks der Bergarbeiter in der Steiermark, wo die Gruben besetzt wurden, sowie bei Streiks in der Papierindustrie in Tirol.

Der Parteitag im Oktober 1933

Mit der Auflösung des Parlaments war der Weg in den Februar 1934 beschritten. Das Kräftegleichgewicht der Ersten Republik hatte sich endgültig zugunsten des Bürgertums verändert. Und dieses setzte zielstrebig auf eine Lösung der wirtschaftlichen und politischen Krise durch die Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung.

Es ging um die Existenz der ArbeiterInnenbewegung. Wer es sehen wollte, der konnte daran keinen Zweifel haben. Dies hatte Auswirkungen auf das politische Gleichgewicht in der Sozialdemokratie selbst. Die ganze Erste Republik hindurch war es der österreichischen Sozialdemokratie gelungen, die Einheit der Organisation aufrechtzuerhalten. Die Kräfte zusammenhalten, um im entscheidenden Moment die Angriffe des Gegners abwehren zu können – das wurde zu dem Leitsatz der Austromarxisten in der Ersten Repu-

VND WINTERS
SCHIMMERN
DIE LICHTER
IN FESTSÄLEN
VND BÜCHER-
HALLEN
VND IN DEN
HERZEN



blik.

1933 brach nun aber in der SDAP eine offene parteiinterne Krise aus, die im Parteitag im Oktober 1933 kulminierte. Sie stand vor der Wahl: völlige Kapitulation oder Aufstand.

Schon seit den Juli-Ereignissen 1927 traten vereinzelt immer wieder Gruppen in der Partei auf, die für eine linke Opposition standen. Vor allem aus den Jugend- und Bildungsorganisationen mehrten sich die Rufe nach einem politischen Kurswechsel. In der Partei hatte sich eine Linksoption rund um Ernst Fischer, Karl Mark und Leo Stern formiert. Ihre Hauptkritik war die Überbetonung der Sozialdemokratie als Kulturbewegung, die den permanenten Attacken von rechts nichts entgegenzusetzen hatte. Statt politischem Fatalismus forderten sie eine aktive politische Strategie gegen den drohenden Faschismus.

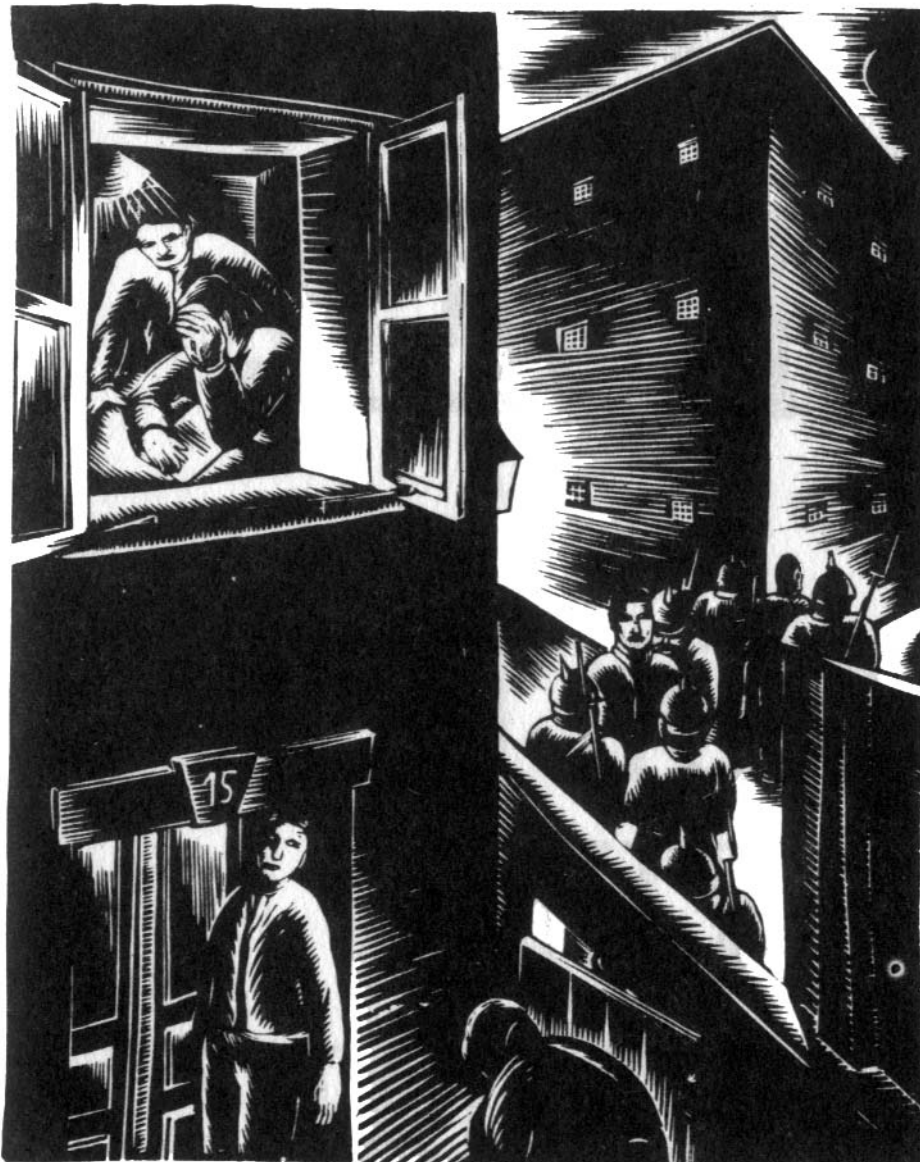
Doch nicht nur die Parteilinke trat 1933 vehement auf die Bühne, auch der rechtsreformistische Flügel verstärkte seine Kritik an dem von Bauer entwickelten Kurs. Aus der Sicht von Renner & Co. konnte die Sozi-

aldemokratie ihr Heil nur noch in einer Aussöhnung mit Dollfuß suchen.

In der Sozialdemokratie war der Einheitsgedanke jedoch nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Widersprüche, die über Jahre hinweg durch den austromarxistischen Verbalradikalismus verdeckt worden waren, traten nun für alle sichtbar zutage.

Der Parteitag von 1933 ist deshalb so bedeutend, weil er das Kräfteverhältnis in der Sozialdemokratie zeigen sollte. Erstmals musste der Parteitag praktisch in der Illegalität organisiert werden. Selbst beim Einigungsparteitag von Hainfeld bzw. bei den Parteitagungen während des Ersten Weltkriegs hatte die Partei offen zusammentreten können.

Die Linksoption wollte auf dem Parteitag eine Entscheidung herbeiführen. Die Stimmung an der Basis ging vor allem in Wien weit nach links, wie eine Vertrauensmännerkonferenz schon im April 1933 gezeigt hatte. Selbst Otto Bauer musste in einem Artikel eingestehen, dass „die Erfahrung der letzten Monate mehr zu Verbreitung dieser (revolutionären) Ideen beigetra-



gen hat als die kommunistische Partei je imstande war“. Der Parteivorstand stand nun im klaren Widerspruch zu großen Teilen der radikalisierten Parteibasis. Mit Hilfe von bürokratischen Tricks und offenem Druck wurde jedoch die Zahl der oppositionellen Delegierten gering gehalten. So hatte die Opposition in einigen Bezirken Wiens, wo sie über eine politische Mehrheit verfügte, keinen Delegierten zugesprochen bekommen. Nur in der Steiermark und in Linz war sie erfolgreich.

Viel bemerkenswerter in Hinblick auf die reale Verankerung der Opposition ist die Vielzahl an Anträgen aus den Bezirken und Sektionen an den Parteitag. So hieß es im Antrag der Bezirksorganisation Wien-Brigittenau: „Daher erscheint es als die nächste und einzige Aufgabe des Proletariats, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen. In politischer Hinsicht bedeutet dies – da die Bourgeoisie, um ihre Herrschaft zu retten, den demokratischen Kampfboden zerstört – daß die SDAP die Pflicht hat, durch ihre Taktik, Praxis und Erziehungsarbeit die Arbeiterschaft darauf einzustellen, daß die letzten Entscheidungen nicht durch den Stimmzettel fallen und daß der Kampf um die Staatsmacht gegen den Faschismus mit allen Mitteln, selbst mit den Mitteln der Diktatur, zu führen ist.“ Weiters forderte der Antrag die engste Kooperation mit der Dritten Internationale und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Wien-Neubau und Bruck/Mur forderten den Generalstreik im Falle der Ausrufung eines Ständestaats, wobei – so die GenossInnen aus Neubau, der Generalstreik nicht von oben diktiert werden darf, „sondern in die Betriebe, in die Wehrformation, in die Jungfront, in die Sektionen: in Jung und Alt muss die revolutionäre Taktik getragen werden.“

Die Antwort des Parteivorstands? Im Angesicht der schärfsten politischen Krise fiel ihm nichts besseres ein, als einen Antrag einzubringen, in dem ein Arbeitsbeschaffungsprogramm gefordert wurde. Bauer zeichnete in seiner Parteitagsrede zwar ein prinzipiell richtiges Bild von der Entwicklung in Österreich, er war jedoch nicht imstande, eine politische Gegenstrategie aufzuzeigen. Trotz des Staatsstreiks im März, trotz der permanenten Repression, dem Verbot der sozialistischen Presse, dem Verbot der SAJ und der Drohung der Eingliederung der Gewerkschaften in die Vaterländische Front und der „großen Gefahren“, auf die man hinsteuere, weigerte sich Bauer, mit der allgemeinen Linie zu brechen. Weiterhin wolle man eine „demokratische verfassungsgemäße Lösung“ durch Verhandlungen anstreben. Die Devise war also „verhandeln, wo es nichts mehr zu verhandeln gab“. Garniert wurde sein Auftritt mit einigen polemischen Seitenhieben gegen die Linksopposition.

Diese antwortete mit einer Generalabrechnung der abwartenden Haltung des Parteivorstandes. Die „vier Punkte“, die als Voraussetzung für offenen Widerstand beschlossen worden waren, seien nutzlos, weil sie dem faschistischen Projekt nicht notwendigerweise widersprechen würden. Die einzige Antwort der ArbeiterInnenbewegung sollte sein, durch „steigende Massenmo-

bilisierung“ und „steigende Subversion von der Basis gegen Gesetze und Ordnung“ die Konfrontation mit dem Faschismus vorzubereiten.

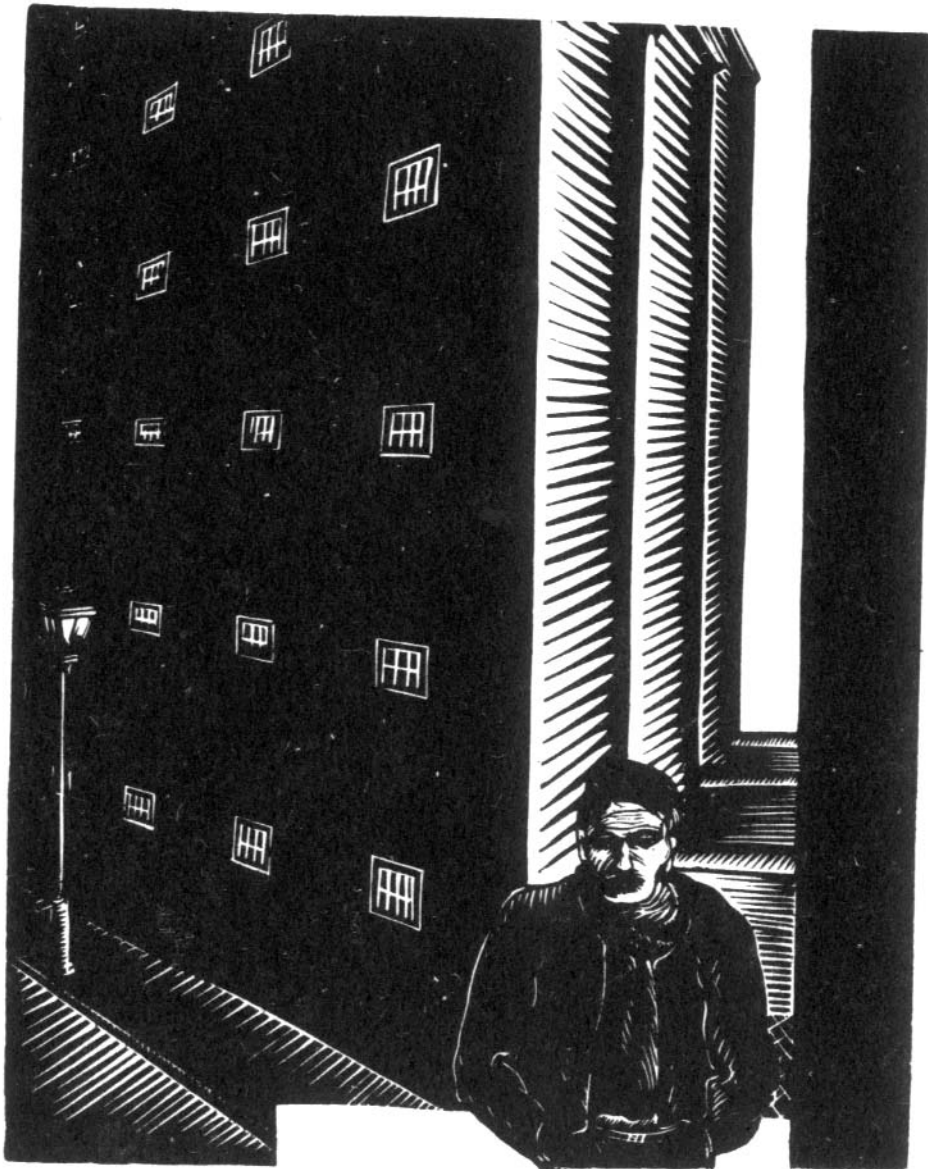
Noch nie war ein Parteitag derart polarisiert. Immer mehr Delegierte wandten sich der Opposition zu. Auf Wunsch von 40 Delegierten wurde der Parteitag sogar gegen den Willen der Führung um einen Tag verlängert. Der Parteivorstand konnte die Einheit der Partei nur noch dadurch retten, indem er die zentralen Losungen der Opposition übernahm. Die Linksopposition schaffte es zwar, die Mehrheit der Partei für sich zu gewinnen, wussten aber nicht, was sie mit dieser Mehrheit anfangen sollte. Mangels politischer Alternativen überließ sie die Parteiführung in den Händen von Bauer. Wäre rechtzeitig mit dem Aufbau eines organisierten linken Flügels begonnen worden, wäre bereits theoretische Vorarbeit geleistet worden, die es zur Ausarbeitung eines Programms und einer revolutionären Strategie benötigt, wären bereits Kader zu gebildet worden als Alternative zu den reformistischen Führern – dann hätte die Linksopposition erfolgreich sein können. Die Versäumnisse der Vergangenheit wirkten sich auf diesem Parteitag folgenscher aus.

In der Praxis änderte sich an der Strategie der Parteiführung auch nach diesem Parteitag nichts. Mit Händen und Füßen sträubte sich die Parteispitze, eine Gegenmacht zum Regime aufzubauen. Streiks, wie jene in der Steiermark im Herbst 1933, wurden abgelehnt, weil sie die wirtschaftliche Situation nur noch weiter verschlechtern würden. Die Initiative für eine Betriebsrätekonferenz zur Organisierung des Generalstreiks wurde von oben einfach beendet.

Dollfuß und die „Austrofaschisten“ begannen nun systematisch mit der Säuberung öffentlicher Unternehmen von sozialdemokratischen Funktionären. Spontane Protestaktionen der Wiener Arbeiterschaft wurden von der Gewerkschaft wieder abgewürgt.

Je mehr sich die Krise nun zuspitzte, desto deutlicher zeigte sich die abwartende Haltung von Otto Bauer als Vorstufe zur offenen Kapitulationspolitik des rechten Parteiflügels. Die Landesorganisationen Niederösterreich, Kärnten, Tirol und Salzburg standen für Verhandlungen mit dem Regime. Bauer unterstützte mittlerweile mangels anderer Optionen diese Versöhnungsstrategie der Parteirechten. Er ging sogar so weit, öffentlich eine Ständeversammlung als mögliche Variante zu verteidigen.

Basis für die Verhandlungen mit Dollfuß war ein neuer Vorschlag für eine Verfassungsreform, die einen Ständestaat vorsah. Die einzige Forderung der Sozialdemokratie war die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und die Ausschaltung der Heimwehren als Instrument offizieller Politik. Im bürgerlichen Lager gab es aber niemanden, der diesen Kompromissvorschlag der Sozialdemokratie noch diskutieren wollte. Otto Bauer hatte Ende 1933 seine Position als Begründer des Austromarxismus und theoretischer Kopf der Sozialdemokratie inzwischen vollends eingebüßt. Der Parteivorstand war nach dem Parteitag im Oktober völ-



lig handlungsunfähig. Der Austromarxismus hatte seine Hegemonie in der Sozialdemokratie verloren.

Die Illusion einer Einheit war wie eine Seifenblase zerplatzt, die Partei befand sich in einem Auflösungsprozess, jede Parteigliederung suchte nun nach einem eigenen Ausweg – die einen in Form von Verhandlungen und Kompromissbereitschaft bis hin zur Selbstaufgabe, die anderen in der Vorbereitung auf den bewaffneten Widerstand. Dies erklärt auch im wesentlichen den Charakter des Februaraufstandes.

Der Februar 34

Die Vorbereitungen des Regimes zur endgültigen Zerschlagung der Arbeiterinnenbewegung liefen mittlerweile auf Hochtouren. Gleißner, der Landeshauptmann von Oberösterreich, verhandelte im Namen der Regierung Dollfuß mit den Nationalsozialisten über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Roten. Erst auf Druck der Heimwehren, die die Kooperation mit dem italienischen Faschismus bevorzugten, platzte die

Zusammenarbeit mit den Nazis.

Mitte Jänner 1934 wurde der faschistische Staatsstreich in die Wege geleitet. In ganz Österreich wurden die Heimwehren mobilisiert. In Tirol wurde die Landesregierung durch einen faschistischen Landesausschuss ersetzt. „Der parlamentarische Spaß“ sein zu Ende, so Heimwehrführer Steidle. Es sei die Zeit zum Aufräumen gekommen. Am 1. Februar begann man mit weitläufigen Waffensuchen in den Arbeiterheimen und Verhaftungen von Schutzbundführern und SP-Funktionären. Für diesen schleichenden Staatsstreich erhielten die Faschisten die offene Unterstützung der katholischen Kirche. Am 11. Februar hielt Vizekanzler Fey bei einer Heimwehrübung in Strebersdorf eine Rede, in der er folgende Ankündigung traf: „Wir werden morgen an die Arbeit gehen und wir werden ganze Arbeit leisten.“ Das sollte kein leeres Versprechen bleiben...

Die Führung der Sozialdemokratie sah diesem gefährlichen Treiben zu wie das Kanninchen vor der Schlange. Organisierter Widerstand würde von dieser Seite nicht kommen. Diesem Versagen der Parteiführung in Wien stand die Haltung regionaler Parteifunktionäre

gegenüber, die die Organisierung des bewaffneten Widerstands vor Ort in die Hand nahmen und den Parteivorstand aufforderten, die einzelnen Aktionen zu vernetzen und den Generalstreik auszurufen. Folgender Brief von Richard Bernaschek, dem Anführer der Linzer Schutzbündler, an Otto Bauer zeigt deutlich, dass es bis zuletzt Appelle an die Parteispitze gab, den Widerstand zu organisieren und zu führen. Vergeblich, wie sich herausstellen sollte.

„W. G.!

Ich habe mich heute vormittag mit fünf gewissenhaften, der Partei treu ergebenden Genossen besprochen und mit ihnen nach wirklich reiflicher Überlegung einen Beschluß gefaßt, der nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Die Begründung dieses Beschlusses werde ich vielleicht Gelegenheit haben, morgen abend dem Reichsparteivorstand bekanntzugeben. In Durchführung dieses Beschlusses werden wir heute nachmittag und diese Nacht sämtliche uns zur Verfügung stehenden Waffen, und zwar in ganz Oberösterreich soweit bereitstellen, daß die heute noch zum Widerstand entschlossene Arbeiterschaft sie sofort greifbar hat. Wenn morgen, Montag, in einer oberösterreichischen Stadt mit einer Waffensuche begonnen wird, oder wenn Vertrauensmänner der Partei bzw. des Schutzbundes verhaftet werden sollten, wird gewaltsamer Widerstand geleistet und in Fortset-

zung dieses Widerstandes zum Angriff übergegangen werden. Dieser Beschluß sowie die Durchführung ist unabänderlich. Wir erwarten, daß auf unsere telefonische Mitteilung nach Wien, ‚Waffensuche hat begonnen, Verhaftungen werden vorgenommen‘, Du der Wiener Arbeiterschaft und darüber hinaus der gesamten Arbeiterschaft das Zeichen zum Losschlagen gibst. Wir gehen nicht mehr zurück. Den Parteivorstand hier habe ich von diesem Beschluß nicht verständigt. Wenn die Wiener Arbeiterschaft uns im Stiche läßt, Schmach und Schande über sie.

Mit Parteigruß R. B.“

Otto Bauer reagierte auf diesen Brief mit dem Appell an die Linzer GenossInnen, nichts zu unternehmen. Dem Staatsapparat gelang es, die Nachricht von Bauer abzufangen. Nachdem offenkundig war, dass die austromarxistische Führung noch immer nicht bereit war, den Widerstand zu organisieren, wurde die Entscheidung gefällt, am 12. Februar zum endgültigen Schlag auszuholen.

Als die Heimwehr am Montag, den 12. Februar, früh morgens das Linzer Arbeiterheim, das „Hotel Schiff“, besetzen will, werden sie von Kugeln empfangen. Der Linzer Schutzbund hatte den



Widerstand aufgenommen. Wo immer es noch funktionierende Strukturen des Schutzbundes gibt, folgen die ArbeiterInnen den GenossInnen aus Linz. Die Zentren der Februarkämpfe sind die oberösterreichischen Industriegebiete, allen voran Steyr, die Obersteiermark (Bruck/Mur und Kapfenberg) und einige Industriegebiete in Niederösterreich (Neunkirchen, Ternitz, Traisental, Hainfeld, St.Pölten). In Wien konzentriert sich der Widerstand auf einige ArbeiterInnenbezirke. Im Wiener E-Werk beginnt ein Streik – der Startschuss für den Generalstreik, der im Nachhinein von der Parteiführung zwar sanktioniert wird, aber derart schlecht vorbereitet und führungslos ist, dass er alsbald in sich zusammenbricht. Besonders frustrierend für viele Schutzbündler war vor allem, dass sich die Eisenbahner nicht dem Streik anschlossen.

Vier Tage dauern die Kämpfe an. Tausende ArbeiterInnen stellen sich verzweifelt der Heimwehr, der Polizei, der Gendarmerie und dem Bundesheer entgegen. Besonders heftig sind die Gefechte rund um die Gemeindebauten in Wien, wie dem Karl-Marx-Hof, dem Reumannhof in Margareten, dem Fuchsenfeldhof in Meidling, dem Goethehof oder dem Schlingerhof in Floridsdorf. Wohnung für Wohnung müssen die Festungen der ArbeiterInnenbewegung erst erobert werden. Unterstützt werden die Faschisten durch Bundesheerkanonen, die die WiderstandskämpferInnen in den Bauten zermürben sollen. Isoliert in den Gemeindebauten, ohne Offensivstrategie (Besetzung von

Brücken, neuralgischen Punkten) musste der Widerstand über kurz oder lang zusammenbrechen. Am 15. Februar fielen in Wien die letzten Schüsse, zwei Tage später war der Kampf auch in der Provinz zu Ende, als die ArbeiterInnen in Ebensee den Kampf einstellen mussten.

Nachdem rund 1.600 Menschen während dieser Tag das Leben verloren hatten, wurden von den Standgerichten noch eine Reihe von Hinrichtungen beschlossen. Weissel, Münichreiter (der sogar verletzt hingerichtet wurde), Wallisch, allesamt wichtige Führer des Widerstands und viele andere wurden gehängt oder erschossen. Sie dürfen niemals in Vergessenheit geraten! Wichtig ist es, ein Verständnis für die Ursachen der Februarniederlage zu bekommen. Diese Aufgabe stellten sich die österreichischen Trotzisten, die als Teilnehmer an den Kampfhandlungen in ihrer Broschüre „Österreich – eine Lehre für alle“ die Februarkämpfe kritisch bilanzierten.

„1. Es war ein spontaner Abwehrkampf, geführt nicht von der SPÖ, sondern von den im Schutzbund konzentrierten oppositionellen Elementen, in allerletzter Minute. Es war die Tragik dieses Kampfes, daß er ganz spontan, ohne zentrale Leitung, ohne Plan erfolgte. Die Bauer, Deutsch u.a. betonen in ihren Interviews, Artikeln und Broschüren mit Recht, daß ihnen der Kampf aufgezwungen wurde – vom Feind und von den eigenen Anhängern. Unter diesen Umständen ist es der lächerliche Versuch einer Legendenbildung,



durch den die ewig Unentschlossenen die Schuld am Misslingen – auf undisziplinierte Schutzbündler abschieben wollen, wenn sie von ‚8 Tage zu früh‘ sprechen. ... Nicht 8 Tage zu früh, sondern in der allerletzten Minute, viele viele Tage, Wochen und Jahre zu spät wurde der Kampf geführt. (...)

2. Die ungenügende und falsche politische Vorbereitung des Kampfes drückte sich auch in seiner technischen Form aus. Der Kampf wurde als reiner Abwehrkampf geführt. Wie sollte er anders, wenn die Massen jahrelang erzogen waren, nur zur Verteidigung der Verfassung zur Waffe zu greifen. Statt die bourgeois- und Regierungsviertel, die Fabriken und Bahnhöfe zu besetzen, ..., verschanzten sich die Arbeiter in ihren Wohnungen, die zusammenschießen der Profit, die Arbeitslosenfürsorge und der christkatholische Glauben keineswegs untersagten. Nicht einmal das Rathaus, das formal in den Händen der SPÖ war, wurde als Stützpunkt ausgenützt. (...)

3. Der Generalstreik versagte. Besonders die Provinz reagierte gar nicht. Es bestätigte sich vollständig die Warnungen der Bolschewiki-Leninisten, daß bei allgemeiner Aushöhlung der Arbeiterfront der Generalstreik nicht mehr aus der Pistole geschossen kommen kann. Selbst wenn die Gewerkschaftsbonzen nicht auch noch das ihre an Sabotage dazu gegeben hätten, der Generalstreik hätte wahrscheinlich versagt, nachdem man in einem Jahr Kapitulation wichtigste Schichten, Eisenbahner u.a., bereits aus der Hand gegeben und den Kampfwillen der breiten Massen gelähmt und erstickt hatte. (...)

Die Art, wie im Februar Widerstand geleistet wurde, war in den Monaten zuvor vorbereitet worden. Wo es der Linksoption im Zuge des Parteitags vom Oktober 1933 gelungen war, sich zu verankern, dort gab es auch einen nennenswerten Widerstand der ArbeiterInnen. Die Bastionen der Linken waren Oberösterreich, die Steiermark und Wien. Und hier gab es auch im Februar 1934 die heftigsten Kampfhandlungen. Im Gegensatz dazu war der Widerstand in den Hochburgen der Parteirechten, d.h. in Niederösterreich, Kärnten und den westlichen Bundesländern, mit wenigen Ausnahmen (z.B. Wörgl, Hallein) eher schwach.

Nach dem Zerfallen der zentralistischen Gesamtpartei in den Monaten vor dem Februar 1934 waren die organisierten ArbeiterInnen auf sich selbst gestellt. Die unterschiedlichen Traditionen der einzelnen regionalen sozialdemokratischen Organisationen sollten daher dafür bestimmend werden, welche Formen der Widerstand konkret annahm. Das zeigt sich am Beispiel des populären Führers des Schutzbunds in Wr. Neustadt, der sich gegen den bewaffneten Kampf entschieden hatte und sich schon Tage vor dem Ausbrechen der Kampfhandlungen verhaften ließ. Führerlos war die lokale Organisation in dieser roten Hochburg völlig handlungsunfähig.

Weniger hierarchische innerorganisatorische Struktu-

ren und eine ungebrochene kämpferische, aktionistische Tradition aus der Frühphase der ArbeiterInnenbewegung, der Österreichischen Revolution von 1918/19, der Rätebewegung sowie den Ereignissen im Juli 1927 sowie die Existenz einer entschlossenen Führung waren wichtige Faktoren, welche den bewaffneten Kampf trotz des ungünstigen Kräfteverhältnisses als Option erschienen ließen.

In den Februartagen wurde die Unzulänglichkeit des Austromarxismus von der Geschichte besiegelt. Die Drohungen, im Falle eines faschistischen Staatsstreichs, die Demokratie mit allen Mitteln zu verteidigen, entpuppten sich als leere Worte. Folgenreich sollte sich herausstellen, dass es zur Zeit der Ersten Republik nicht gelungen war, in der Sozialdemokratie eine politische und organisatorische Alternative zum Austromarxismus aufzubauen.

An Ansätzen zum Aufbau einer Linksoption hatte es nicht gemangelt. Am letzten Parteitag 1933 stellte die Linke schon eine Partei in der Partei dar, die jedoch zu inkonsequent war, um den austromarxistischen Reformismus abzulösen. Dieser Opposition mangelte es an politischer Klarheit, es an einem Konzept, einer revolutionären Perspektive. Eine starke marxistische Strömung mit einer festen Verankerung im Schutzbund, den Betrieben, den sozialdemokratischen Jugendorganisationen, die den antifaschistischen Kampf rechtzeitig politisch vorbereitet hätte, fehlte. Die revolutionäre Linke versagte aufgrund falscher Perspektiven und Schwerpunktsetzungen bei der wichtigen Aufgabe, den Prozess der Herausbildung eines organisierten linken Flügels zu unterstützen: Die KP vertrat noch immer die Sozialfaschismustheorie und sah in der Sozialdemokratie einen „Zwilling des Faschismus“, während die Trotzlisten ihre Kräfte vor allem auf die KP orientiert hatten. Nach der Kapitulation der Austromarxisten entstand daher ein großes Vakuum an der Spitze der ArbeiterInnenbewegung. Die Niederlage im Februar 1934 war eine logische Konsequenz aus der Krise der Führung der ArbeiterInnenbewegung. Diese zu lösen, ist wohl die wichtigste Lehre aus diesem historischen Ereignis, das vor 70 Jahren eine lange Phase der faschistischen Barbarei einläutete.

Broschüren aus der Roten Reihe (noch lieferbar):

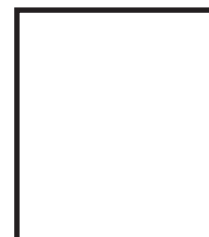
- Nr. 3 Kuba - Revolution am Scheideweg
- Nr. 4 Ya basta - Mexiko - Neoliberalismus - Krise - Widerstand
- Nr. 7 Was wir brauchen müssen wir uns nehmen
- Marxismus und Frauenbewegung
- Nr. 10 Weltwirtschaft in der Krise - Gründe und Gegenstrategien
- Nr. 11 Die Kurden - Volk ohne Staat
- Nr. 12 Koloniale Revolution
- Nr. 14 Staatsgewalt und Klassenherrschaft
- Nr. 15 Österreich im Umbruch - Perspektiven für den Widerstand
- Nr. 16 Jännerstreik 1918
- Nr. 17 People not Profi
- Perspektiven für die antikapitalistische Bewegung
- Nr. 18 Trotzki lesen im 21. Jahrhundert
- Nr. 19 Wider den Krieg - Texte von Luxemburg und Liebknecht
- Nr. 20 Faschismus - Analyse und sozialistische Gegenstrategien
- Nr. 21 Reformismus oder Marxismus? - Welche SJ wollen wir?

Bücher:

- Alan Woods/Ted Grant: Aufstand der Vernunft - marxistische Philosophie und moderne Naturwissenschaften, Promedia-Verlag, Wien 2002
- Alan Woods: Bolshevism - The Road to Revolution
- Ted Grant: Russia - From Revolution to Counterrevolution
- Rob Sewell: In The Cause of Labour - History of British Trade Unionism

Ich möchte:

- ein Funke-Abo (22 Euro. für
10 Ausgaben/ Solipreis 30 Euro)
- Rote Reihe Nr. _____
- Infos über eure
Veranstaltungen und Aktionen



Name: _____
Straße: _____
Ort: _____
Telefon: _____
e-mail: _____

Der Funke
Postfach 112
1096 Wien